

Titeldaten

Titel: Hamburger Volkszeitung: *kommunistische Tageszeitung für Hamburg und Umgebung*
Datum: Montag, den 12. September 1927
Band: 10
Ausgabe: 206, 12.09.1927
Standort: Staatsarchiv Hamburg, Bibliothek
Signatur: n.n.

PURL: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1751872033_19270912

Rechtehinweis

Urheberrechtsschutz nicht bewertet.

Der Urheberrechtsschutz und sonstige Rechtsstatus des Objekts wurde nicht bewertet. Bitte prüfen Sie selbst, ob das Objekt urheberrechtlich geschützt ist und verwenden Sie es in diesem Fall nur im Rahmen gesetzlicher Erlaubnisse oder mit Zustimmung der Urheberin bzw. des Urhebers, falls dieses in Betracht kommt.



<https://rightsstatements.org/vocab/CNE/1.0/>

Ergänzender Hinweis

Möglicherweise benötigen Sie zusätzliche Erlaubnisse für die beabsichtigte Nutzung. Zum Beispiel, weil Persönlichkeitsrechte abgebildeter Personen zu beachten sind.

Nachnutzung

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

| *Original und digitale Bereitstellung: Standort + Signatur + PURL*

Bei der Weiterverwendung unserer Digitalisate freuen wir uns über eine kurze Mitteilung mit den bibliographischen Angaben und nach Möglichkeit auch über ein Belegexemplar der Publikation.

Kontakt

Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg
- Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg

digitalisierung@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Volkszeitung

Organ der KPD für den Bezirk Wasserfronte

mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“ und der Gewerkschaftsbeilage „Der Kampf“

Die „Hamburger Volkszeitung“ erscheint tägl. außer Sonntags. / Redaktion u. Verlag Hamburg 36, Valentinstamp 40/42 / Fernr., Geschäftsst.: Merz. 4453, Redaktion: Merz. 4454 / Bankl.: Commerz- u. Privatbank A.-G., Depotkassa Gänjemarkt, u. Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten A.-G., Filiale Hamburg unter Norddeutsche Verlagsges. m. b. H. / Postfachkonto: Hamburg 11, Nr. 30304

Bezugspreis durch die Austräger frei Haus monatlich 2,40 Mark, durch die Post bezogen monatlich 2,05 Mark / Anzeigen die zwölfspaltigen Millimeterzeile 0,20 Mark / Private Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche u. sonstige kleine Anzeigen bis 45 Millimeter Zeile 0,15 Mk. Die Millimeterzeile im Textteil 1,00 Mk. / Anzeigenannahmeschluss vorm. 9 Uhr

Einzelpreis 10 Pf.

Montag, 12. September 1927

10. Jahrg. * Nr. 206

9 Mark Schichtlohn und keinen Pfennig weniger!

Das Neueste

Die Hamburger Unternehmer des Transportgewerbes haben als Maßnahme gegen die Kündigung der Lohnsätze den Rahmen für das Transportgewerbe gestiftet.

Auf der Magdeburger Beamtensitzung sprach Finanzminister Köhler über die neue Besoldungsreform. Die Forderungen der unteren Beamten sollen nicht befriedigt werden.

Coof wurde von den englischen Bergarbeitern anstelle des Robert Smillie in den Generatrat der englischen Gewerkschaften delegiert.

Auf Grund des Gewerkschaftsgesetzes der Baldwin-Regierung müssen 130.000 Mitglieder aus den englischen Gewerkschaften austreten.

Der französische Ratsrat hat beschlossen, von der Sowjetregierung die Abberufung des Botschafters Katsowski zu verlangen.

Die französischen Arbeiter erklärten, keine Forderungen anlässlich des Empfangs der amerikanischen Delegierten zu dulden.

Nach bisher unbefriedigter Verhandlung ist der Zustand gegen die litauische Regierung in Litauen niedergeschlagen.

Kiel Klemmerstreik erfolgreich beendet

Kiel, 10. September. (Eig. Bericht.) Nach eifrigem Streik der Klemmer wurde von dem von der Stadt Kiel beauftragten Schlichter Dr. Meyer ein Schiedsgericht berufen. Dieses kam in den Hauptfragen zu einer Einigung. Die Unternehmer erklärten sich zum Abschluss eines Manteltarifs bereit. Der Arbeitsvertrag wurde festgelegt. Für etwa notwendig werdende Überstunden wird für die neue und zweite Stunde ein Aufschlag von 25 Proz. gezahlt. Nach halbjähriger Beschäftigung werden drei Tage, nach einjähriger Beschäftigung sechs Tage Urlaub gewährt. Für auswärtsarbeitende wird ein Entschädigungssatz von täglich 5 Mark und die Mehrkosten gezahlt. Bei Arbeiten in der weiteren Umgebung gibt es eine Auslösung von 1,50 Mk. Wegezeit und Fahrgehalt werden vergütet.

Unternehmer kündigen Rahmen-tarif für Transportgewerbe

Der Deutsche Verkehrsband Hamburg hat die Lohnsätze für das allgemeine Transportgewerbe und das Möbeltransportgewerbe gestiftet. Die Unternehmer haben darauf als Gegenantrag den Rahmen-tarif für das Transportgewerbe in Hamburg gestiftet und dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie keine Lohnsteigerungen gewähren wollen.

Königsberger Metallarbeiter im Streit

Königsberg, 12. September. (Eig. Drahtbericht.) Eine Vorkonferenz der Königsberger Metallarbeiter hat allgemein den Metallarbeiterstreik in Königsberg beschlossen. Die großen Betriebe Steinfort und Union sind stillgelegt.

Coof rechnet mit dem Generalrat ab

London, 11. September. (Eig. Meldung.) Der Gewerkschaftskongress in Edinburgh wurde gestern geschlossen. Bei der Wahl kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen der reformistischen Generalratsmehrheit und dem Bergarbeiterführer Coof, der an Stelle des bisherigen Vertreters der Bergarbeiter, Robert Smillie, in den Generalrat von den Bergarbeitern delegiert wurde. Coof wies nach, daß ein Teil der Führer mit den Unternehmern unter einer Decke stehen. Seine Ausführungen riefen eine starke Erregung hervor.

In seinem Schlusswort betonte Coof, daß durch das Gewerkschaftsgesetz der Baldwin-Regierung 130.000 Mitglieder aus den Trade Unions austreten würden.

Diese Tatsache allein ist ein Beweis für die Ungeheuerlichkeit des Verrats an den englischen Arbeitern, den der Generalrat begangen hat, als er ohne Widerstand dieses Gesetz über die englischen Gewerkschaften ergab und den Bruch mit den russischen Gewerkschaften vollzog.

Mord in Altona

Bankier Laef von seiner Frau erschossen. Der in Altona, Altonstraße 27, wohnende Bankier Laef wurde heute früh 9,15 Uhr von seiner Frau nach vorausgegangenem Streit aus Eifersucht erschossen. Frau Laef wurde verhaftet.

Abstimmung der Gemeindeforderungen über das 4-Pfennig-Angebot!

Den Hamburger Hafenarbeitern und damit auch den Hafenarbeitern der übrigen deutschen Seestädte hat der Schlichter Dr. Stenzel mit dem Schiedspruch von 8,20 Mark für die Schicht den Forderungsschritt hingeworfen. Sie haben jetzt die Entscheidung über den Kampf oder Unterwerfung und können sich nach Lage der Dinge nur für Kampf, also Ablehnung des Schiedspruchs, und Verhinderung des Kaufhandels mit den Schlichtungsinstanzen entscheiden.

Das Angebot des Hamburger Senats an die Gemeinde- und Staatsarbeiter von 4 Pfennig, sowie des Lübecker Senats von 3 Pfennig Lohnsteigerung die Stunde, das die Funktionäre des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes in Hamburg am Freitag gegen eine starke Minderheit angenommen haben, darf nicht von den Staats- und Gemeindeforderungen anerkannt werden. In den Betrieben muß darüber berichtet und eine Abstimmung vorgenommen werden.

Obwohl der Vertreter des Verbandsvorstandes des DVB auf der Konferenz der Nordseehafenstädte zum Ausdruck brachte, daß

zu den Schlichtungsinstanzen kein Vertrauen vorhanden sei und diese nicht angerufen werden sollen, haben die Vertreter des DVB bei den Verhandlungen mit dem Hafenbetriebsverein es nach den gestellten freien Verhandlungen zugelassen, daß eine Schlichtungskammer zusammentrat und so dem Schlichter Gelegenheit gegeben wurde, einen Schiedspruch zu fällen, der weit unter der Mindestforderung von 9 Mark liegt. Daraus ergibt sich vornehmlich die Gefährdung eines beschäftigten Arbeiters um den Schiedspruch des Schlichters.

Dasselbe Theater, das die DVB-Führer im vergangenen Jahre aufführten, soll wiederum die Hafenarbeiter blaffen. Das darf und kann es nicht geben, denn mit den Hafenarbeitern stehen die Transportarbeiter und die Seeleute in Bewegung, so daß eine breite Kampffront zur Niederdrückung der Lohnsätze der Unternehmer und ihrer Schlichter vorhanden ist.

Deshalb sofortige Einberufung von Sektionsversammlungen der Hafenarbeiter, der Transportarbeiter und der Seeleute, die die Verbindung ihrer Bewegungen beschließen. Die Urabstimmung der Hafenarbeiter und die Ablehnung des Schiedspruchs sind ein weiterer Schritt.

Keine Schlichtungsverhandlungen, sondern Kampf um die Mindestforderung von 9 Mark Schichtlohn.

Gleichzeitig können die Gemeinde- und Staatsarbeiter mit dem Beschluß der Funktionäre nicht übereinstimmen. Die Forderung von 6 Pf., die von Hle u. Co. bewußt aus Koalitionsrücksichten so ungenügend gestellt worden ist, und zwar mit der Begründung, man könne, nachdem im Frühjahr schon 4 Pf. bewilligt worden sind, nicht höher gehen, ist fallen gelassen worden. Von den übrigen Forderungen spricht man nicht mehr. Das heißt, die Hle u. Co. wollen ohne weiteres das Angebot des Senats schließen. Hier tritt schon ganz offensichtlich der bewußte Betrug zutage. Die Forderungen haben es eilig. Die Lohnbewegungen der Hamburger Arbeiterkraft sollen möglichst schnell vor der Wahl erledigt sein. Sie hoffen, mit den paar Lumpenpfennigen die Arbeiter zu ködern. Darum auch bei den Staats- und Gemeindeforderungen sofortige

Abstimmung der Mitglieder über das 4-Pfennig-Angebot.

Die Ablehnung ist bei den heutigen Lohntrends verhältnismäßig selbstverständlich.

Keine Erfüllung der Beamtenforderungen Rede des Reichsfinanzministers zur Besoldungsreform

II. Magdeburg, 11. September. Im Rahmen der Mitteldeutschen Beamtensitzung hielt heute Reichsfinanzminister Dr. Köhler seine angekündigte großangelegte Rede über den vom Reichsministerium im wesentlichen gebilligten

Entwurf der Beamtenbesoldungsreform.

Die neue Besoldungsreform baut sich nach den Ausführungen Köhlers grundsätzlich wieder auf dem Gruppensystem auf und bleibt in der Zahl der Gruppen sowohl bei den aufsteigenden, wie auch bei den Einzelgehältern vollständig im Rahmen des bisherigen. Die heutigen Anfangs- und Aufstiegsgruppen haben zum Beispiel die Beamten bei 10 und 11, 7 und 8, Beamte von 3 und 4 usw. zusammengefaßt und mit einer automatischen Aufzählung ausgestattet. Aufstiegszeit und Aufstiegsstufe sind im allgemeinen geltend geblieben, die zweijährige Zulagefrist ist beibehalten. Auch das System der Vergütung ist im bisherigen Umfang grundsätzlich beibehalten. Die Frauenzulage wurde in das Grundgehalt eingebaut, erst auf das durch die Frauenzulage erhöhte Grundgehalt werden die neuen prozentualen Erhöhungen gegeben. Beim Kinderzuschlag fällt die Differenzierung nach dem Alter weg. Für jedes Kind soll, unter gewissen Voraussetzungen, bis zum 21. Lebensjahr ein gleichmäßiger Zuschlag von 20 Mark monatlich gegeben

werden. Die Bezüge der Soldaten und Offiziere der Seemacht sollen in einer Anlage zum Besoldungsgesetz für sich geregelt werden.

Das neue Besoldungsgesetz sieht bei den untersten Besoldungsgruppen Erhöhungen im Durchschnittsbetrag von etwa 25 Prozent vor, die gleichen nach den mittleren Besoldungsgruppen hin bis auf etwa durchschnittlich 21 Prozent und bei den höheren Gruppen auf etwa 18 Prozent gehen. Gruppen, die schon bisher stark herausstachen, sind teilweise mit geringeren Erhöhungen, Gruppen, die bisher stark vernachlässigt waren, zum Teil mit wesentlich höheren Erhöhungen bedacht worden.

Die bisherige Gruppe 2 z. B. erhält neben einer Erhöhung des Anfangsbezuges eine Erhöhung von 33 Prozent. Eine jegige Gruppe 1 gibt es nicht mehr. Die Rede Köhlers über den Entwurf zur Beamtenbesoldungsreform bedeutet Abkühlung der von fast allen Beamtenebenen ausgesprochenen Forderungen. Die „Besoldungsreform“ soll ein Pflichterwerb sein, um die Beamten zu beruhigen, da auch Herr Köhler und seine Kollegen bereits gemerkt haben, daß die Erregung unter den Beamten sich „zum Schaden des Staates“ auswirkt. Die Beamten werden sich mit einer Reform der Besoldung, wie Köhler sie skizzierte, nicht zufrieden geben. Die unteren Beamten bleiben die Gepesteten, die geringe Gehaltserhöhung kann sie aus ihrer Verunsicherung und allgemeinen Notlage nicht befreien. Die Beamten der unteren Gehaltsstufen müssen zusammen mit der Arbeiterkraft einen wirklichen Kampf für ihre Forderungen führen, wenn sie mehr als Bettelpfennige bekommen wollen.

Agrarier treiben die Lebensmittelpreise hoch

II. Berlin, 10. September. Die auf den Stichtag des 7. September berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber der Vorwoche (139,0)

um 0,5 v. H. auf 139,6 gestiegen.

Hierbei erhöhte sich die Indexziffer für die Hauptgruppe

Agrarprodukte um 1 v. H. auf 139,3 (137,8), die Indexziffer für Kolonialwaren blieb mit 128,7 und diejenige der industriellen Rohstoffe und Halbwaren mit 137,4 unverändert. Die Gruppe der industriellen Fertigwaren hat eine Steigerung von 0,3 v. H. auf 149,7 (149,3) erfahren.

Ist die amtliche Großhandelsindexziffer bei der Art ihrer Berechnung auch kein sicheres

Gradmesser für die tatsächliche Steigerung der Preise und damit der wachsenden Teuerung gerade der täglichen Bedarfsartikel, so gibt sie immerhin sehr wichtige Anhaltspunkte zur Beurteilung der Preisentwicklung. Das Steigen der Preise für Agrarprodukte zeigt die weitere Tendenz einer erheblichen Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel. Die Agrarier schlagen aus der teilweise verregneten Dente jetzt schon wieder klingenden Profit. Dem Steigen der Lebensmittelpreise werden sehr bald auch die anderen Bedarfsartikelpreise folgen. Der Zollwucher des Bürgerblods wird ein übriges tun.

Die Leidtragenden werden die Arbeiter sein, deren Löhne jetzt schon nicht mehr zur Deckung ihrer Bedürfnisse ausreichen. Der Kampf um höhere Löhne ist der einzige Ausweg zur Schaffung eines Ausgleichs.

Schönfelders Polizei ruiniert Arbeiterwohnungen

„Sie hauchten wie die Bandalen“ — Denunziationen und kein Ende

Die Kriegerwitwe Frau Al. Neuer Steinweg, berichtet uns:

Am Sonntag, dem 4. September, vormittags gegen 11 Uhr, erschienen vor meiner Wohnung vier Männer und verlangten Einlass. Auf meine Frage, was sie wünschten, erklärten sie, sie kämen von der Kriminalpolizei und müßten mich sprechen.

„Ja, es ist ein Schreiben eingegangen, worin Sie denunziert sind, daß Sie am 24. August in Ihrer Wohnung eine Versammlung gehabt haben. Und A. Ihr Bräutigam, ist in dem Schreiben als Kommunistenthathauptmann benannt.“

Dann erklärte plötzlich ein Beamter: „Wir müssen hier noch ein bisschen suchen, auch müssen Sie mit zum Stadthaus kommen.“

Die Erklärung, daß ich festgenommen sei, traf mich wie ein Faustschlag. Ich bin ja unschuldig und soll

von meinen Kindern weggerissen werden. Dieser Gedanke machte mich fast wahnsinnig.

Ich sagte den Beamten, daß ich an jenem Abend, an dem ich in meiner Wohnung eine Versammlung gehabt haben soll, ja gar nicht zu Hause, sondern bei meiner Schwester in der Höfenstraße und dann bei einem Handarbeiterskinder in der Trommelstraße war. Von da ging ich erst nach zwölf Uhr fort. Ich nannte den Beamten auch eine Anzahl Zeugen, die meine Angaben bestätigen müßten.

Bei der Durchsuchung meiner Wohnung wurde alles aufgerissen und durchwühlt. Mein gutes

Zimmer sah nach der Durchsuchung aus wie eine Kampfkammer. Sehr rüchlos gingen die Beamten vor und hauchten wie die Bandalen. Einer der Beamten stieg auf den Polsterstuhl, um auf dem Kleiderkasten nach irgend etwas zu fischen. Erst als ich gegen die Beschädigung meiner Möbel protestierte, boquente sich der Beamte, von dem Stuhl wieder herunterzuspringen. Bei der Hausdurchsuchung wurde natürlich nichts Strafbares gefunden. Dann mußte ich mit nach dem Stadthaus.

Dort ging die Vernehmung wieder von vorn an. Sie dauerte ziemlich lange, so daß ich den Beamten bei der Sache zu beschleunigen, denn meine Kinder waren ohne Essen und auch ich

war hungrig. Doch meine Sorgen ließen die Beamten kalt. Ich machte sie schließlich darauf aufmerksam, daß ich sehr leidend bin und daß sie die Verantwortung tragen, wenn ich nach all dem ernstlich erkrankte.

Unterdessen wurden auch die von mir genannten Zeugen vernommen und, da sich die Wahrheit meiner Angaben und damit meiner Unschuld ergab, mußte ich wieder freigelassen werden.

Was ich durch die Hausdurchsuchung, die Festnahme, die wiederholten Vernehmungen und die Rücksichtslosigkeit der Polizeibeamten erdulden mußte, läßt sich nicht beschreiben. Als ich dann in meiner Erregung eine scharfe Bemerkung über die Denunziation machte, denen ich wie auch viele andere Unschuldige zum Opfer gefallen bin, da meinte der eine Kriminalbeamte:

„Die meisten kriegen wir durch Denunziation!“

Die Herrscher des Koalitionsrats, die da vorgehen, das Verbrechen zum Bekämpfen, haben durch die Aushebung von Denunziationen alle schlummernden Verbrecher-Infinke geweckt. Was durch niedrige Subjekte, die hoffen, ihren Anteil an den von Schönfelder ausgehenden 5000 Mark zu erlangen, bisher an Weh und Leid über unschuldige Proletarier, Arbeiterfrauen und Kinder gebracht wurde, ist unbeschreiblich. Männer werden von ihren Frauen, Frauen von ihren Kindern, Knaben von den Eltern weggerissen und durch rüchloslose Kriminalbeamte torturartigen Verhör- und barbarischer Behandlung unterworfen. Wir fragen: Wie lange geduldet der Senat diese aller Menschlichkeit hohen sprechenden Methoden Schönfelders und seiner Polizei zu dulden? Wie lange wollen die SPD-Arbeiter zu lassen, daß ihre Führer Hamburg zum Polizeistaat schlimmster Form machen, in dem die Ausübung der elementarsten Rechte, durch eine Federstrich der Campes-Schönfelder verhindert wird?

Die Koalitionsratensensoren beschränken die Wahl-agitation der Arbeiter nach Lust und Willkür und verbieten jede Demonstration. Aber sie können nicht verhindern, daß die flammenden Arbeiter am 9. Oktober eine Stimmzettel-Massen-demonstration veranstalten und durch ihre Stimmabgabe für die kommunistische Partei ein Bekenntnis zum parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf für den Sturz des Bürgerblods und seiner hamburgischen Filiale, des Koalitionsrats, veranlassen.

Englisch-französischer Kampf um die Führung der imperialistischen Staaten

Verpölet und verschämt haben Stresemann, Briand und Chamberlain mit ihren großen Reden eingeseht. Aber die Rede des deutschen Außenministers sind alle Berliner Blätter aus dem Häuschen geraten. Überall herrscht eitel Freude, selbst bei den Rechten nur durch nebensächliche Einwendungen getrübt. Von Stämpfer bis zum Grafen Westarp gibt es keine Meinungsverhiedenheit darüber, daß Stresemann trotz des bedenklichen Zustandes, in dem er sich in Genf wegen verschiedener Genüsse abzuwenden befindet, in öffentlicher Sitzung hüttern seinen Mann gestanden hat. Nun, das Vertrauen der öffentlichen proletarischen Meinung gehört bei diesen Herrschaften zum Sandwerk. Kein Mensch wundert sich über den fünfstündigen Nebel, den alle über Genf zu verbreiten be-lieben. Es ist unsere dringende Aufgabe, die bewußt betrügerischen Machinationen zu durchkreuzen und Klarheit über Genf zu verbreiten.

Das Neue in Genf ist hier in allgemeinen Zügen bereits auseinandergesetzt worden. Die gegenwärtige Tagung ist durch den Versuch Frankreichs charakterisiert, Resonanz für Locarno und die vorhergehende Tagung des Völkerbundes zu nehmen, d. h. der englischen Hegemonie die französische Führung Kontinental-Europas entgegenzustellen. Die Kraft für diesen Vorstoß holte Vaincare aus der verhältnismäßig gelungenen Stabilisierung. Zugleich entsand Vaincare seinem Bundesgenossen Chamberlain seine Hauptwaffe, mit der er alle Räuberstaaten um sich gruppieren wollte: Durch Herrn Josch ließ die französische Schwermetalle deklarieren, daß sie für die Organisation des Kreuzzuges gegen die Sowjetunion ein nicht schlechterer Werkmeister sei, als Chamberlain.

In der gegenwärtigen Situation äußert sich der französisch-englische Kampf in dem Verhältnis der beiden Staaten zu Deutschland. Wenn die Favorisierung Deutschlands durch Chamberlain für England das beste Mittel ist, die französische Hegemonie in Europa zu verhindern, ist umgekehrt die Einengung der politischen Bewegungsfreiheit Deutschlands die Voraussetzung für die französische Führung.

Nur in diesem Zusammenhang kann der polnische Vorstoß, der in französischem Auftrag erfolgt ist, verstanden werden. Was will Frankreich durch Polens Eingreifen erreichen?

Zunächst eine allgemeine Bemerkung: man weiß, daß der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Bevor die Imperialisten zu der Politik der Waffen greifen, versuchen sie die Bekämpfung ihres Gegners mit „friedlichen“ Mitteln. Der Völkerbund ist vorderhand mit einer Kampflinie, wo die Imperialisten zum Teil miteinander, zum Teil gegeneinander ihren jeweiligen Gegner zu fesseln suchen. Locarno war die gelungenste englische Aktion, im deutsch-französischen Konflikt als Schiedsrichter sich aufzuspielen und zugleich die Front aller imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion zu organisieren. Besonders um bestanden wurden die innerhalb der imperialistischen Mächte bestehenden Gegensätze so ausbalanciert, daß Frankreich seine Westgrenzen durch Deutschland noch einmal garantiert wurden. Dagegen konnte sich Deutschland der Garantie der polnischen Ostgrenzen erwehren. Mehr noch, auf Grund des Paragraphen 19 der Völkerbundsakte war juristisch die Möglichkeit der Revision dieser Grenzen gegeben. Dieser Paragraph 19 hat folgenden Wortlaut:

„Die Bundesversammlung kann von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationaler Verhältnisse auffordern, deren Aufrechterhaltung der Weltfrieden gefährdet könnte.“

Welche Aufgabe stand nun vor Frankreich auf der gegenwärtigen Tagung? Man mußte Deutschland, wenn auch indirekt, zu einer Garantie auch der polnischen Grenzen zwingen, zumal die Frage für Frankreich und Polen nicht allein durch den Artikel 19 sehr brenzlich stand, sondern auch durch den Artikel 15 der Völkerbundsakte. Frankreichs Absicht bestand darin, durch den polnischen Vorstoß die Wirksamkeit beider Artikel aufzuheben.

An dieser Stelle ein Wort über den Artikel 15, der erst den Sinn des polnischen Vorstoßes völlig klar macht. Dieser Artikel bestimmt, daß im Falle von Konflikten zwischen Mächten, die dem Völkerbundsrat angehörend, der Konflikt dem Völkerbundsrat vorgelegt wird, aber nur ein in m i g (unter Aus-schaltung der am Konflikt beteiligten Mächte)

entscheiden kann. Kommt ein einstimmiger Beschluß nicht zustande, dann steht es allen Mitgliedern frei, ihrerseits Maßnahmen zu ergreifen. Hier lag die schwache Stelle für Frankreich im polnisch-deutschen Konflikt. Denn angenommen, dieser Konflikt würde an den Völkerbund übertragen, wäre es keineswegs sicher, daß die Einstimmigkeit erzielt wird. England wäre in einem solchen Fall nicht einmal formell gebunden, für Polen und Deutschland Partei zu ergreifen. Diese schwache Stelle wollte Frankreich ausmerzen. Auf Umwegen sollte die Garantie der polnischen Dignität erreicht werden. Der entscheidende Passus des polnischen ersten Antrages hatte den Wortlaut:

Jede Anwendung des Krieges als Mittel zur Regelung von internationalen Streitigkeiten ist und bleibt verboten. Alle Streitigkeiten irgendwelcher Art sind nur mit friedlichen Mitteln geregelt werden.

Mit dieser allgemeinen Friedensformulierung sollte der imperialistische Zweck der Schaffung des französisch-polnischen Übergewichts über Deutschland erreicht werden. Aber gerade aus dem Grunde lehnte der englische Widerstand ein. Um das Übergewicht des französischen Imperialismus zu verhindern und die englische Hegemonie weiter aufrecht zu erhalten, lehnte Chamberlain ab.

In dieser Form wickelte sich der französisch-englische Kampf um die Führung der übrigen europäischen imperialistischen Staaten ab, und inwieweit es diesen Kampf gab, konnte Stresemann profitieren. Der Außenminister des neu-deutschen Imperialismus wagte zwar nicht, die Frage der Grenzen zu stellen. Mit keinem Wort erinnerte er an den Raub deutschen Gebiets durch den französischen Imperialismus und seine Vasallenstaaten, aber er konnte den französisch-polnischen direkten Angriff insoweit abwehren, als er unter englischer Deckung die Frage der Garantie der Grenzen auf die Frage der Anerkennung der Schiedsgerichtsbarkeit ablenkte. Das war der wesentlichste Punkt der Stresemann'schen Rede, und inwieweit hat Deutschland den Angriff zum Teil abgewehrt. Direkt ist die Anerkennung der Ostgrenze nicht erreicht worden. England und Frankreich betätigten sich zwar gegenseitig, aber keiner dieser imperialistischen Staaten wagte die Frage zu stellen. Wie es seit 1918 immer war, endete der gegenseitige Kampf vorderhand mit einem Kompromiß, um bei der nächsten Gelegenheit noch schärfer auszubringen.

Was bleibt unter diesen Umständen vom Friedensgedenke der Stresemann, Chamberlain und Briand übrig? Nichts als Phrasen, die für die Zerschlagung der breiten Öffentlichkeit bestimmt sind; nichts als Betrugsmanöver, die den gegenseitigen Kampf zu verdecken haben, nichts als die betätigte Bereitschaft der imperialistischen Gegner, trotz ihrer Gegenseitigkeit gerade wegen ihrer Gegenseitigkeit die gemeinsame Front gegen die Sowjetunion aufzurichten.

Diese Völkerbundstagsung bringt die Gefahr des Krieges der imperialistischen Räuber gegen den ersten Arbeiterstaat noch näher als die vorangegangenen. So sehr Frankreich und Polen durch ihren ursprünglichen Antrag Deutschland und indirekt England festeln wollten, so war es andererseits ihre nicht minder wichtige Absicht, durch die Deklaration jedes Krieges zu einem Angriffskrieg einen um so besseren Vorwand für den Überfall auf den Sowjetstaat, der natürlich immer als Angreifer geltend gemacht würde, zu bekommen. Das beabsichtigte erste Ziel ist nicht erreicht worden. Um so dringender für den einzelnen imperialistischen Staat, die vorhandenen und nicht leicht zu überwindenden Gegensätze in einer „höheren Einheit“ gegen die Sowjetunion vorläufig untergehen zu lassen.

Die Imperialisten glauben, mit Hilfe der Sozialpatrioten aller Länder ihre kriegerischen Absichten verbergen zu können. Gewiß, die Hilfe der Wels, Banderwels, Macdonald und Komforten ist nicht unbedeutend. Es bedarf einer heroischen Arbeit der Kommunisten, um die Arbeiterklasse gegen die Kriegssaktion der Imperialisten zu mobilisieren, den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie in jedem Lande bis zu ihrem Sturz zu steigern. Aber diese Arbeit wird geleistet werden. Dafür bürgen die bisherigen Erfolge und die Fähigkeit aller kommunistischen Parteien. Vor dem Kriege, im Kriege werden die Klassenbewußten Arbeiter aller Länder den ersten Arbeiterstaat mit allen Mitteln verteidigen, mit allen Mitteln die Bourgeoisie bekämpfen, im Bürgerkrieg gegen die Ausbeuter ihre Herrschaft stützen und den Sieg der Arbeiterklasse gegen die blutigeren Imperialisten erkämpfen.

Frankreich provoziert den Bruch mit USSR

Poincaré-Regierung will Abberufung Katowis erzwingen — Das Pariser P. oletariat rüstet gegen die amerikanischen Legionäre

Paris, 12. September. (Fig. Drahtbericht.) Die Sonntagspresse bestätigt, daß der französische Ministerrat, der am Sonnabend tagte, sich prinzipiell dafür ausgesprochen habe, die Abberufung des sowjetrussischen Kommissars Katowski zu fordern. Der endgültige Beschluß soll nach Rückkehr Briands aus Genf gefaßt werden.

Paris, 12. September. Nähere Einzelheiten über den Verlauf der Ministerberatungen glaubt die „Victoire“ berichten zu können. Das Blatt erklärt unter anderem, Poincaré habe selbst die Sprache auf den Fall Katowski gebracht. Nur Herriot habe den Versuch gemacht, Katowski zu verteidigen und es als unmöglich bezeichnet, ohne Briand einen Beschluß zu fassen. Die

Erklärung Poincarés, er sei früher in vollem Einvernehmen mit Briand zu sein und dessen Gefühle auszudrücken,

habe auf die Minister großen Eindruck gemacht. Um den Schein zu wahren, habe dann der Ministerrat beschlossen, die offizielle Entscheidung bis zur Rückkehr Briands aus Genf zu verschieben. Das Blatt hält es für möglich, daß über die Abberufung Katowis bereits Verhandlungen mit Moskau stattfinden, (?) da in besonders gut unterrichteten Kreisen gerüchtweise verlautet, Katowski werde zu Be-

ginn dieser Woche abreisen und seinen Posten mit dem russischen Botschafter in Rom tauschen. Die „Humanité“ sieht in der Angelegenheit Katowski den

ersten Schritt zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Sowjetrußland.

Der Ministerrat gehe sogar soweit, sich zu der Ernennung eines neuen Botschafters in Paris ablehnend zu verhalten, da ein Geschäftsträger genügen würde. Gleichzeitig solle der französische Botschafter in Moskau, Herbetzte, abberufen werden.

Das Verhalten des französischen Kabinetts befähigt die weitgehende Bestätigung zwischen den französischen und englischen Imperialisten im Vorgehen gegen die Sowjetunion.

„Der zweite Mord an Sacco und Banzetti“

Paris, 11. September. (Fig. Drahtbericht.) Der Nationalrat der amerikanischen Legionäre, der am 19. September stattfindet, wird, wie seine Schaiten bereits voraus. Das Pariser Sacco-Banzetti-Komitee ruft die Bevölkerung zu Massenkundgebungen gegen diese gottlose Verhöhnung des fran-

zösischen Volkes auf, das eben gegen die Mörder vom Sternbanner demonstriert habe und jetzt 20 000 ihrer Vertreter in Frankreich empfangen soll. Im übrigen

kümmert sich das Komitee nicht um das Kundgebungswort

gegen die offiziellen Festlichkeiten, das von Regierung und Polizeipräsidentur erlassen worden ist. Auf eine Aufforderung des Pariser Polizeipräsidenten, bei ihm zu erscheinen, um eine Verzichtserklärung auf Gegenstände abzugeben, zu unterschreiben, hat das Komitee mit einem Brief geantwortet, in dem der geplante Festzug als ein

zweiter Mord an Sacco und Banzetti bezeichnet wird. Die Regierung täte gut, wenn sie diesen Festzug ausfallen lassen würde. Das Komitee legt sich bereits mit den Arbeiterorganisationen des Seine-Departements in Verbindung, um einen gemeinsamen Aktionsplan auszuarbeiten. Die Spannung wird noch dadurch verschärft, daß unter dem Druck der Arbeiterklasse beschlossen werden mußte, anlässlich der Ankunft des Generalstabes und der Fahnen der amerikanischen Legion in Cherbourg keinerlei öffentliche Kundgebungen stattfinden zu lassen. Der Vorsitzende des Empfangskomitees hat auf Grund dieses Beschlusses sein Amt niedergelegt und an den in Genf weilenden französischen Außenminister Briand ein Protestschreiben gerichtet. Die Arbeiterklasse rüstet zu gewaltigen Kundgebungen.

Am die Hegemonie im Antisowjet-Krieg

Genf, 11. September. (Fig. Bericht.) Sonnabend vormittag sprach in der Völkerbundversammlung Briand. Im Phrasenschaal über „ewigen Frieden“ und ähnliches hat er sich selbst überlassen. Im übrigen war seine Rede vollkommen inhaltslos. Er trat gegenüber den italienischen Rednern für die polnische „Friedensresolution“ ein, nachdem man sich darauf geeinigt hat, daß diese Formel eigentlich dem englisch-französischen Kompromiß inhaltlich entspreche und nur den Wunsch nach friedlicher Regelung von Konflikten durch eine „ewig verpflichtende Fassung“ erhebt hat. Die Resolution soll, nachdem sich England, Deutschland und Frankreich darauf geeinigt haben, doch keine Verpflichtung für ein Ostkarnum bedeuten kann, angenommen werden, allerdings nicht in einer feierlichen Abstimmung der Völkerbundversammlung, sondern wahrscheinlich erst nach Kommissionsberatungen.

Eine Antwort auf Stresemann's Rede enthielten die Ausführungen Briands insofern, als er vor „übertriebenen Hoffnungen“ auf eine allgemeine Abrüstungen warnte und geraten hat, sich „mit dem bisher Geleisteten“ vorläufig abzufinden. Wenn so der polnische Versuch um ein Ostkarnum durch ein vorläufiges Kompromiß von der Tagesordnung abgesetzt werden soll, so behält sich

der französische Imperialismus vor, anlässlich der Behandlung des holländischen Vorschlags, der einen allgemeinen Sicherheitspakt wünscht, gegen England einen neuen propagandistischen Vorstoß zu unternehmen.

Genf, 11. September. (Fig. Bericht.) Chamberlains Rede in der heutigen Nachmittags-Sitzung des Völkerbundes enthielt, abgesehen von dem üblichen Friedensgeschwätz, eine deutliche Abgabe an die französisch-polnischen Ostkarnumpläne.

Der Völkerbundspakt und Locarno seien eine genügende Bürgschaft für den Frieden im Westen und Osten. England denke nicht daran, für die strengen Garantien zu übernehmen. Mit einer unentbehrlichen Anspielung auf die von dem englischen Imperialismus im Rahmen seiner Antisowjetpolitik betriebenen Versuche, eine direkte deutsch-polnische Verständigung unter englischer Hegemonie zustande zu bringen, erklärte Chamberlain, England habe in Locarno Garantien übernommen für Belgien, Frankreich und Deutschland; es sei jetzt Aufgabe anderer Mächte, für andere europäische Grenzen dieselben Garantien zu übernehmen.

Um einem eventuellen Versuch Frankreichs, den holländischen Antrag zu einem neuen Vorstoß gegen England auszunutzen, von vornherein die Spitze abzutreiben, erklärte Chamberlain, daß England jeden allgemeinen Sicherheitspakt nach dem Muster des Genfer Protokolls nach wie vor ablehne. Im Anschluß an Chamberlains Rede brachte der holländische Delegierte Beelaert van Blaskland prompt einen Änderungsantrag zu seinem eigenen Antrag ein.

Ein Antrag, den abgeänderten Text des holländischen Antrages sofort der Kommission zu überweisen, wurde abgelehnt mit der Begründung, daß die Abänderung den ursprünglichen Antrag in so entscheidender Weise ändere, daß man eigentlich einen neuen Antrag vor sich habe. Die Entscheidung wurde auf Montag vertagt. Der abgeänderte polnische Antrag wurde ohne Debatte an die dritte Kommission überwiesen. Darauf wurde die Generaldebatte auf Montag vormittag vertagt.

Der Aufstand in Litauen

Nach den letzten Meldungen aus Kowno ist der Aufstand gegen die litauische Regierung in Tauragen niedergeschlagen worden. Die Führer des Aufstandes, ein Hauptmann A. D. und ein linkssozialdemokratischer Gymnasiallehrer, sollen im Auto über die Grenze entkommen sein.

Waffenverhandlungen und Verhandlungen aller umkämpften Elemente haben eingeseht. Angeblich hat die Niederschlagung des Aufstandes vier Todesopfer gefordert.

Kowno, 11. September. Die Stadt Dity wurde, wie erst jetzt bekannt wird, schon vor einer Woche militärisch umzingelt und dann in der ganzen Stadt Hausdurchsuchungen abgehalten und 150 Verhaftungen vorgenommen. Diese Aktion des Militärs stand bereits in Verbindung mit dem be-

fürchteten Umsturzversuch. Einzelheiten über die Kämpfe in Litauen liegen aus wirklich zuverlässiger Quelle noch nicht vor. Deshalb kann weder der Ursprung noch das Ausmaß der Bewegung beurteilt werden. Auch kann nicht kontrolliert werden, ob die Meldungen der litauischen Regierung über die rasche Unterdrückung des Aufstandes der Wahrheit entsprechen.

Die litauische Regierung, die gegen den Willen der ungeschulten Mehrheit der Bevölkerung herrscht, pflegt jede oppositionelle Bewegung als „kommunistischen Vandalismus“ zu bezeichnen. In Wirklichkeit sind nicht nur die Arbeiter und Kleinbauern, sondern auch breite Kreise des städtischen Kleinbürgertums gegen die Diktatur Smetonas-Bolshewars. Es scheint sich um das erste Zeichen einer breiten Volksbewegung gegen die Diktatur der Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer zu handeln.

KZB-Gautreffen in Spandau

Berlin, 12. September. (Fig. Drahtbericht.) Das erste Gautreffen des KZB in Spandau gefallte sich zu einer einträchtigen Demonstration. Tausende KZB-Genossinnen und KZB-Kameraden marschierten, umfäumt von einer dichten die ganze Straßenbreite füllenden Menschenmenge, unter Klängen revolutionärer Kampflieder zum Rathausplatz. Dort hielten Vertreter des KZB und des KZB Anführer. Die Genossin Dorech überreichte den KZB-Genossinnen, Gau Berlin, eine von russischen Arbeiterinnen gestiftete Fahne mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Faschismus! Unter der Fahne der Partei zur Diktatur des Proletariats!“

Berwolf-Bleite

Berlin, 12. September. (Fig. Drahtbericht.) Über dem Berwolf-Sportfest des Berwolfbundes in Potsdam spähte der Berwolf. Nicht mehr als 2500 Mann brachte der Berwolf aus dem ganzen Reich auf. Angekündigt waren 12 000. Der Hauptaufmarsch erregte keinerlei Aufsehen. Lediglich die Spitzen der Potsdamer Behörden sowie Ludendorff und Ehrhardt hatten sich zur Übernahme der Parade eingefunden.

Der chinesische Aufstand

Schanghai, 11. September. (Kupfer.) Wie die Schanghaier Gewerkschaftspressen meldet, führt die Kommunistische Partei in der Provinz Kiangsi eine Agitation unter folgenden Losungen: Bekämpfe die Gruppierung von Kanting und Wuhan, schaffe eine eigene Partei, unterstütze die Bauernbewegung in Kwantung!

Nach offiziellen Quellen verlautet, daß die gegen Peking entsandten Truppen sich nach Chungtau im Nordwesten der Provinz Kwantung zurückgezogen haben. Da die Garnison von Swatow etwa 2000 Mann zählt, nimmt man an, daß

Swatow demnach von den revolutionären Truppen Peking's eingenommen werden wird.

Die Beamten verlassen bereits die Stadt. Nach späteren Meldungen aus Schanghai flüchtet alles aus Swatow.

In Kanton ist ein Streik der Schloffer und Kupferschmiede, die eine Erhöhung ihres Arbeitslohnes fordern, ausgebrochen.

Die Agentur Indopacific berichtet über eine wachsende Streikbewegung in Schanghai. In einigen japanischen Spinnereien stehen 5000 Arbeiter im Streik.

Dawes-Bahn

trägt Schuld an der Binneberger Katastrophe

Zwölf-Stunden-Dienst des Schrankenwärters — Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch Eisenbahnpersonal-Mißbrauch

Binneberg, 11. September. Zu dem Autounfall bei Binneberg ist noch nachzutragen, daß der Bahnwärter Eggerstedt, der es unterlassen hatte, die Schranken bei dem Bahnübergang rechtzeitig zu schließen, verhaftet und dem Polizeigefängnis zugeführt wurde. Er hatte

von vorgestern abend 6 Uhr bis gestern früh 6 Uhr ununterbrochen Dienst gemacht und erlitt nach dem Unglück einen schweren Herzschmerz.

Von einem Augenzeugen wird noch berichtet, daß der von Norden kommende Güterzug bei dem Übergang ein von der Koppelstraße kommendes Personenauto, in dem die bereits genannten zwei Personen saßen, überfahren hat. Das Auto wurde von der Lokomotive fast

dreihundert Meter mitgeschleift, wobei es vollständig in Trümmer ging. Hilfsmannschaften fanden

hundert Meter vom Bahnübergang entfernt die ersten Überreste der Verunglückten. Sowohl der Zugführer als auch der Heizer hatten von dem Unglück nichts bemerkt; sie verpürten nur einen Ruck und brachten daraufhin den Zug zum Stehen.

Wieder sucht die republikanische Justiz nach dem Schuldigen an dem Tode zweier Menschen, die in Wirklichkeit der Profikampf der Dawesbahn zum Opfer gefallen sind. Der Bahnwärter Eggerstedt soll büßen, was die Dawesbahn verschuldet hat. Eggerstedt selbst gibt an, daß das Autounfall, welches den Güterzug hätte melken müssen, nicht ertönt sei. Außerdem steht fest, daß der Übergang an einer unüberwachten Stelle liegt. Wie dem aber auch sei, es ist nicht abzuleugnen, daß er schon am Tage vor dem Unglück zwölf Stunden ununterbrochen Dienst getan und bei Lübe und Heide unter ähnlichen Umständen Zuständig war mit demselben günstigen Ausgangsergebnis. Nimmt man das Unglück auf der Buchholz-Soltauer Straße hinzu, so hat man in wenigen Wochen eine Anzahl Eisenbahnunfälle, an denen die Öffentlichkeit nicht vorbeiziehen kann. Sie sind zurückzuführen auf die sich aus den Dienstüberforderungen ergebenden ungeheuer langen Arbeitszeiten, dem Abbau am Personal, der zur Folge hat, daß die Strecken nur ungenügend unterhalten werden und der Profikampf der Dawesbahn, die die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen nicht trifft, um solche Katastrophen zu verhüten.

Die Arbeitszeit der Eisenbahner ist eine öffentliche Angelegenheit, denn von ihr hängt die Sicherheit des Verkehrs ab. Darum ist der Kampf der Eisenbahner gegen die Dienstüberforderungen mit zwölf- und mehrstündigen Arbeitszeiten ein Kampf für die Sicherheit des Verkehrs.

Die Tarifgewerkschaften stehen zurzeit in einer Bewegung zur Änderung der Dienstüberforderungen. Die Schlichtungsinstanzen haben sich für unzuständig erklärt und damit der Dawesbahn freie Hand in der Arbeitsfrage gelassen. Nur die Eisenbahner selbst können mit Unterstützung der Arbeiterklasse diese Frage lösen.

Um den Achtstundentag geht der Kampf zu haben. Dem Pariser Feldmann wird zur Last gelegt, daß er von den Schandungen des Bischofs wußte, sich in jedes Bällchen beteiligt habe und auch die Betrügereien des Bischofs unterstützt habe. Bezeugend ist, daß Dr. Kowalski seinen betrogenen Gläubigern erklärte, daß der Weltumzug nahe sei und die Einlösung der Wechsel abgemacht nicht mehr erleben würden. Ungefährlich prognostizierte der Bischof das Ende der Welt für den 20. Dezember 1923; als der Termin verstrich und die Gläubiger, die inzwischen die Fälligkeiten bemerkt hatten, mit der Ersatzung von Strafansagen drohten, erklärte er, die Welt werde im Juni 1927 untergehen. Als nun auch dieser Monat verging und die Wechsel nicht eingelöst wurden, wendeten sich die Betroffenen an die Behörden. Im Verlauf der Untersuchung stellte die Warschauer Kriminalpolizei fest,

daß bei den Gottesdiensten der Mariabiten regelrechte Orgien gefeiert wurden. Um den Altar vor eine Kette nackter junger Mädchen aufgestellt,

die tanzend und singend das Bobium umkreisen, auf dem Bischof Kowalski die Messe las. Nach den Gottesdiensten spielten sich in dem Betraum unbeschreibliche Szenen ab. Kowalski besaß stets einigen Mädchen, ihn in seine Wohnung zu begleiten. Die Kinder und ihre Eltern, die von diesem Treiben wußten, unternahmen nichts dagegen, da Kowalski ihnen einredete, daß das alles zu einem heiligen Zweck geschähe.

Gleich nach Beginn der Verhandlung verflüchtete der Vorsitzende, daß die Einvernahme der beiden Beschuldigten unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich gehen werde.

Zwei Tote und mehrere Schwerverletzte bei einem Autounfall

Ill. Schlochau, 10. September. In einer schranklosen Bahnhöflichkeit auf der Chaussee Schlochau-Kummelsburg wurde gestern nachmittags ein aus Polen kommendes, mit sechs Personen besetztes Auto vom Zuge erfasst und überfahren. Einer der Insassen, der Kriminalbetriebsleiter Schwank aus Niewelaw, war sofort tot, zwei weitere Personen wurden schwer, die übrigen leicht verletzt. Einer der Schwerverletzten ist heute nicht mehr forderbar.

Das Opfer

Von Albert Daubiel
Copyright 1923 by Verlag „Die Schilde“, Berlin.

42. Fortsetzung

Vor dem Schloß trachtete ein Gewehr, Heinrich tief langgezogen: „Sperregruppen, entschloß! Front-M-G-Gruppe 1. Stock links, nach rechts... M-G-Gruppe Daß, den Platz und das Hinterhaus... M-G-Gruppe 2. Stock rechts, nach links ver-tei-gen! Parterregehänge die Sturmkolonnen besetzen!“ Deutlich artikulierend gab die Befehlsübermittler das Anführungs-kommando nach den Gefechtsstationen. Unterdessen wandte sich Heinrich an Fritz, der an einer Beobachtungspost lag: „Ich gebe nach schnell einen Fernspruch nach dem Stützpunkt!“ Raum hatte Heinrich ausgesprochen, ferner der Freund eine Gewehrfaße gegen das Schloß. Fritz machte: „Nicht antworten!“ Heinrich grinte: „Nicht nicht, aber...“ Und eilte aus dem Gefechtsbeobachtungsstand die Treppe hoch, aufs Daß. Und bald rief er mit einer Morzelampe die nächste Funktion des revolutionären Stützpunktes an, die auf einem Haus der dem Schloß gegenüberliegenden Gebäudereihe war. Endlich wurde sein Anruf beantwortet. Schnell überreichte Heinrich einem Signalfeld die Morzelampe und diktierte. Der Matrose mochte: „Regierungstruppen haben ultimatum gestellt — wir lehnen ultimatum ab — Kampf beginnt — herri kampfhörne — wann rote rote gefaßt — den gegner im rücken angreifen — wir halten aus, hein!“

Die Fernspruchstation des revolutionären Stützpunktes meldete „verständnis“. Heinrich machte seine Signalfaße scharf ausgang zu halten. Dann bafete er zurück nach Fritz. Denn die Regierungstruppen eröffneten ein mörderisches Maschinen-gewehrfeuer.

Nach war kein Schuß von den revolutionären Matrosen erwidert worden. Aber kaum hatten sich Heinrich neben Fritz an die Gefechtsbeobachtungspost gesetzt, da begann ein feindlicher Stoßtrupp unter Hurrarufen zu sfilieren. Heinrich ahmete er recht. Plötzlich besaß er ruhig wie bei einer Übung: „Überall — Schnellfeuer!“

Und wild durcheinander knatterten die Maschinen-gewehre der revolutionären Schloß-Befehlshaber.

Die Nacht war mondhell. Mit zusammengeklümmten Fingern verfolgte Heinrich durch den Ausguck die Wirkung seines Befehls auf dem Schloßplatz. Der Stoßtrupp war an dem Feuer der Parterregehänge abgepalmt. Die Sperregruppe besaß mit schweren Maschinen-gewehren das Rücken ausgehende. Die Front-M-G-Gruppen feuerten den Stoßtrupp in die Seiten. Und während die Parterregehänge die Köpfe der Sturmkolonnen beschnitten, feuerten die Dachgehänge in die Fenster der gegenüberliegenden Häuser, aus denen feindliche Sireitkräfte sich am Kampf beteiligten. Endlich erhob Heinrich die Hand. Der wilde Feuerarm im Schloß schwächte ab. Heinrich pähte... und grinte: „Ungefähr achtzig find's...“ Fritz stand auf und murmelte: „Niemand ist den andern drüben die Luft vergangen!“

Auch die Regierungstruppen stellten das Gefecht ein. Ruhe herrschte. Die Luft war Pulvergestank. Auf dem Schloßplatz wimmerten verschlossene Menschen und Tiere. Heinrich besaß: „Gefechtspause! — Waffen nachsehen! — Die Gefechtsstationen ihre Ausfälle melden!“

Und wie auf ein Kommando schallte durch's dunkle Schloß das hegesbegesterte „Hurra“ der revolutionären Matrosen.

Heinrich starrte einseh. In heillosen Wut schrie er auf den Befehlsübermittler ein. Der Matrose nickte und verschwand.

Fritz beugte sich zu Heinrich nieder und rief ihm: er solle sich nach dem Sammelraum im unteren Korridor begeben und mit den eintreffenden Maschinen-gewehrgruppen den zu erwartenden Sturmangriff der Regierungstruppen abwehren. Dann rannte Fritz nach dem beschlossenen Standort. Im Laufwege legte er sich die Gasmaske an, die er am Koppel trug. Ungeheuer tobte und lofete der Kampf. Ununterbrochen plähten die Sprenggranaten in den Salons. Mauern stürzten. Das Schloß bebte. Die Fundamente hüpfen. Aber unerschütterlich blieb der Trost der revolutionären Seeleute.

Wachtunzwanzig Matrosen mit sechs schweren Maschinen-gewehren trafen im Sammelraum des unteren Korridors bei dem Heinrich ein. Alle trugen Gasmasken. Die Ohren hatten sie mit Kugelmolle verstopft! Die Uniformen waren weiß von Schutt.

Wortlos begann Heinrich den dicken Teppich im Sammelraum aufzurufen. Seine Kameraden griffen zu. Dann schleppen sie den Teppich nach dem inneren Ende des Korridors und breiteten ihn aus. Danach klopfte Heinrich einem Matrosen auf die Schulter. Beide gingen zurück nach dem Sammelraum. Bald kamen sie mit einem schweren

Wortlos begann Heinrich den dicken Teppich im Sammelraum aufzurufen. Seine Kameraden griffen zu. Dann schleppen sie den Teppich nach dem inneren Ende des Korridors und breiteten ihn aus. Danach klopfte Heinrich einem Matrosen auf die Schulter. Beide gingen zurück nach dem Sammelraum. Bald kamen sie mit einem schweren

Wortlos begann Heinrich den dicken Teppich im Sammelraum aufzurufen. Seine Kameraden griffen zu. Dann schleppen sie den Teppich nach dem inneren Ende des Korridors und breiteten ihn aus. Danach klopfte Heinrich einem Matrosen auf die Schulter. Beide gingen zurück nach dem Sammelraum. Bald kamen sie mit einem schweren

Wortlos begann Heinrich den dicken Teppich im Sammelraum aufzurufen. Seine Kameraden griffen zu. Dann schleppen sie den Teppich nach dem inneren Ende des Korridors und breiteten ihn aus. Danach klopfte Heinrich einem Matrosen auf die Schulter. Beide gingen zurück nach dem Sammelraum. Bald kamen sie mit einem schweren

Wortlos begann Heinrich den dicken Teppich im Sammelraum aufzurufen. Seine Kameraden griffen zu. Dann schleppen sie den Teppich nach dem inneren Ende des Korridors und breiteten ihn aus. Danach klopfte Heinrich einem Matrosen auf die Schulter. Beide gingen zurück nach dem Sammelraum. Bald kamen sie mit einem schweren



Dem Völkerbund ist die Maske verrentsch

Seht die Wählerlisten ein!

Auslegungsfrist bis Sonntag, den 18. September 1927 einschließlich

Einer Zuschrift des Herrn Regierungsrats Dr. Gramlow vom Statistischen Landesamt entnehmen wir folgendes:

Wenn auch die Wählerlisten nach dem neuesten Stand der vorliegenden amtlichen polizeilichen An- und Ummeldungen angefertigt worden sind, so liegt doch auf der Hand, daß bei dem ländlichen Bestehen der Bevölkerung gewisse Unrichtigkeiten in sich tragen müßten, die an den Tagen der Ausstellung der Listen für den am 9. Oktober herankommenden Stand der Bevölkerung noch nicht beseitigt sein könnten. Für die Ausstellung der habsburgischen Listen mit ihren mehr als 800.000 Eintragungen ist, wie Herr Regierungsdirektor Dr. Köllin als Leiter des Landeswahlamts mitteilt, der Bevölkerungszustand vom 1. August 1927 maßgebend gewesen. Für die Städte und Gemeinden konnte vermutlich, da deren Listen weniger umfangreich sind als die habsburgischen, der grundlegenden Sichtung noch weiter in die Gegenwart herangezogen werden. Immerhin empfiehlt es sich, daß alle diejenigen, die nach dem 1. August 1927 im habsburgischen Staatsgebiet ihre Wohnung begründet oder verändert haben, die Listen einsehen, es sei denn, daß sie durch eine amtliche Benachrichtigungskarte, die sämtlichen in die Listen der Städte oder des Landesamts eingetragenen Wählern und Wählerinnen zugestellt wird, von ihrer Eintragung bereits Kenntnis erhalten haben. Aber eine solche Karte nicht erhalten hat oder über auf Grund eines inzwischen geschienenen Um- oder Zugzuges für eine andere Wahlstelle in Frage zu kommen glaubt, muß der für ihn zuständigen Wahlbehörde (Statistisches Landesamt, Rat oder Gemeindeamt) durch Erhebung eines Ein- und Auszugs hieron Kenntnis geben. Dies kann am bequemsten in den Auslegungsorten selbst auf Grund vorhandener Formulare geschehen; es kann aber auch bei einer der vorerwähnten zuständigen Stellen schriftlich gemacht werden.

Die Listen liegen im gesamten Staatsgebiet von Sonntag, dem 11. September, bis zum Sonntag, dem 18. September einschließlich zu jebermanns Einsicht öffentlich aus.

Die einzelnen Tagesstunden sind für das habsburgische Gebiet wertmäßig von 1 bis 7 Uhr nachmittags und an den beiden Sonntagen von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. In der

Stadt Bergedorf liegen die Listen aus wertmäßig von 4 bis 7 Uhr nachmittags, an den beiden Sonntagen von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags. In

Cuxhaven sind die Auslegungszeiten Sonntags von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, wertmäßig von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 8 bis 6 Uhr nachmittags.

Geesthacht liegt seine Listen aus wertmäßig von 1 bis 6 Uhr nachmittags, Sonntags von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. In den



Hamburger Wallspitze

Von einem früheren SPD-Arbeiter
Zweiter Teiler

Eigentlich waren nur der Ortsausflug und die Gemeindefestlichkeiten von Hamburg an der Tour für die Wallspitze. Aber da die für den 7. September erwartungsvolle Extrafestigung der Hamburger Bürgererschaft so vorteilhaft für den Senat und die Polizeibehörde ausgefallen ist, muß ihnen noch ein Schöpfel voll vorgelegt werden.

Wer heute recht auf den Kommunisten herumhaden kann, ist in den Augen der Arbeitergegner ein tüchtiger Kerl. Das hat Herr Curt Hatten am Mittwoch erneut bewiesen. Vor dem Krieg waren es die Sozialdemokraten, denen das Anathema galt, und ein "Koter" wäre zu damaliger Zeit für verächtlich erklärt worden, wenn er geküßt hätte, daß ein Gefinnungsgenosse von ihm jemals - Hamburger Senator werden könne. Heute unerschrocken man die SPD wieder, weil man sie als Sturmbock braucht gegen die Klassenbewußten Arbeiter, die sich nicht mehr mit schönen Versprechungen betören lassen.

Gegen dieses Faktum haben auch die gemündeten Leitartikel des "Echo" nicht, wie sich einer am Tage nach der letzten Bürgerchaftssitzung verbrochen wurde. Dieser Leitartikel hätte mit "Mahrenwäse an sich selbst", nämlich an den SPD-Genossen in Senat und Bürgerchaft, betitelt werden müßte.

Durch die Umwälzung kamen am 19. Januar 1919 gleich 82 Mandate von den insgesamt 160 in der Hamburger Bürgerchaft an die Sozialdemokratie, und da die USF nicht gleichmäßig genug war zur Mitregierung, teilte man sich mit den Demokraten (früher "Reinigte Liberale") in die 15 Senatssitze; 8 für die SPD und 7 für die DP. Die Volkspartei und die Deutschnationalen fanden trotz beiderseits; sie warten ihre Zeit ab.

Zwar brachten die Neuwahlen 1921 und 1924 erhebliche Veränderungen der Parteiverhältnisse, denn die SPD verlor 15 und dann 14 Sitze, aber die Mitglieder sind die verehrten Herren Parteigenossen, die dem Senat angehörten, durch die Einbußen an Wahlstimmen und Mandaten nicht geworden. Als Otto Stolten aus dem Senat ausschied und von seinem Bürgermeisteramt Ende 1924 zurücktrat, hoffte mancher SPD-Genosse, daß nun wieder eine der Hamburger Arbeiterchaft nützliche Politik getrieben würde in unserem Stadt-Staate. Aber es wurde noch schlimmer.

Der Koalitionsfimmel und das "Republikanertum" um jeden Preis" übermüdete jedes ernsthaft nachdenken über die Folgen dieser Reichsfehlschwendung.

Das Bestreben der SPD-Vertreter in der Bürgerchaft und im Senat, den bürgerlichen Herrschaften um Dr. Schramm und Dr. Schröder als den Beauftragten der "königlichen" Kaufleute und der Reeder gefällig zu sein, nahm immer krasser Formen an. Warum auch nicht? "Man" fand sich ja sehr gut dabei, kam zu einträglichen Positionen und - "Ach was! Nach uns die Sintflut!"

So ist nach und nach diese Situation entstanden, wie sie sich heute darstellt. Niemand kann zwei Herren dienen! Die acht Herren Senatoren / der bürgerlichen Parteien verfolgen konsequent die Interessen ihrer eigenen Auftraggeber und fordern von den sieben SPD-Männern den Stützpunkt der Kommunisten. Daß die SPD-Senatoren, als ehemalige Arbeiter, sich mit diesen Handlangerdiensten gegen ihre eigene Klasse schwer verhalten, ist für sie nebenläufig. Als Senator mit 2000 Mark Monatsgehalt kann man sich das leisten.

Landgemeinden

sind die Auslegungszeiten verschieden; sie richten sich nach dem jeweiligen örtlichen Bedürfnis. Durchweg sind hier die Tageszeiten dieselben wie beim vorjährigen Volksfest. Immerhin tut jeder Wahlberechtigter einer Landgemeinde gut, sofern er nicht die amtliche Benachrichtigungskarte erhalten hat, sich aus der örtlichen Benachrichtigungskarte über den Stand der Auslegungsstunden im einzelnen zu überzeugen.

Einpräge können auch noch an den beiden Tagen nach dem 18. September, also am 19. und 20. September, erhoben werden. In diesen Fällen müssen sie für Hamburg im Dienstgebäude des Landeswahlamts, Klosterwall, für die Städte bei dem zuständigen Rat und für die Landgemeinden bei dem betreffenden Gemeindevorsteher erhoben werden.

Es ist selbstverständlich, daß für die Aufnahme in die amtlichen Wählerlisten nur diejenigen in Frage kommen, die wahlberechtigt für die Bürgerchaft sind, das sind alle männlichen und weiblichen deutschen Reichsbürger, die am Wahltag mindestens 20 Jahre alt sind und im habsburgischen Staatsgebiet ihren Wohnsitz haben; maßgebend für die Voraussetzung des Wohnsitzes ist für die diesjährige Wahl der 18. September als letzter Tag der für die Einsicht der Wählerlisten amtlich festgelegten Auslegungsort.

Das Wahlrecht selbst kann nur persönlich am Wahltag an der Stelle ausübt werden, in deren Liste der Name des Wahlberechtigten enthalten ist. Da das habsburgische Bürgerchaftswahlrecht einen Wahlort nicht kennt, muß jeder am 9. Oktober an seiner zuständigen Wahlstelle selbst erscheinen. Eine Vertretung durch einen anderen bei der Wahlübung ist unzulässig und für beide Teile strafbar.

Eine Ausnahme von dieser allgemeinen Regel der Wahlübung am Wahltag selbst ist nur für die Wohnung von Gefangenen und für die auf einem solchen festgesetzten Wahlberechtigten gegeben, wenn sie kurz vor dem Wahltag Hamburg auf einem Gefängnis verlassen und nachweislich bis zum Wahltag nicht nach Hamburg zurückkehren können. Für diese

Seelen- und Passagiere ist die Möglichkeit gegeben, schon vom 29. September ab von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags entweder in Hamburg im Statistischen Landesamt oder im Rathaus in Cuxhaven ihr Wahlrecht auszuüben. Es bedarf für diese Wahlübung, abgesehen von den erforderlichen Nachweisen, daß das Wählen am Wahltag wegen der bevorstehenden Ausreise des Schiffes nicht möglich ist, nur einer Bescheinigung der zuständigen Wahlbehörde (Statistisches Landesamt, Rat oder Gemeindeamt), daß der Wähler zum Zwecke der vorherigen Wahlübung in der für ihn zuständigen allgemeinen Wählerliste getrieben ist.

Eine ähnliche Erleichterung in der Wahlübung ist auch gestattet für die Inhaber der größeren Kranken- und Pflegeanstalten

geschaffen, soweit sie zur Bürgerchaft wahlberechtigt sind und sich am Wahltag noch in der Anstalt befinden. Für diese Personen werden besondere Anstaltswahlstellen eingerichtet, die in der gleichen Form wie die Wahlen an den öffentlichen Wahlstellen durchgeführt werden und denen an Stelle der allgemeinen Wählerlisten die besonderen Anstaltswählerlisten zugrunde liegen. Die Aufnahme in diese Anstaltslisten ist für die Kranken noch dadurch besonders erleichtert, daß sie nicht selbst sich um die für die Eintragung ihrer Namen erforderlichen Formalitäten zu kümmern brauchen; es genügt, wenn sie rechtzeitig bei ihrer Anstaltsleitung den Antrag stellen, an der Wahl in der Anstalt am 9. Oktober teilnehmen zu dürfen. Die Anstaltsleitung veranlaßt dann von sich aus die Streichung der Namen in der zentralen allgemeinen Wählerliste und deren Übertragung auf die Anstaltswählerliste. Allerdings muß die Anstaltsleitung spätestens bis zum 3. Oktober von den Wählern der Kranken in Kenntnis gesetzt sein; später angebrachte Anträge können aus wahlrechtlichen Gründen nicht mehr berücksichtigt werden. Ob und wann und in der einzelnen Anstalt eine besondere Anstaltswahl eingerichtet werden kann, hängt teils von dem ärztlichen Urteil der Anstaltsleitung, teils von der Ansicht der für die ordnungsmäßige Durchführung der Wahlen verantwortlichen Wahlbehörde ab. Abgesehen für die Zulassung einer besonderen Anstaltswahl muß es, a. auch der Grundhaft der Wohnung des Wahlberechtigten sein, was natürlich nur dort möglich ist, wo eine hinreichend große Wahlteilnahme in Aussicht steht.

Aber die Durchführung der Wahl selbst am Wahltag, die wieder mit amtlichen Stimmzetteln verbunden wird, auf denen sämtliche zugelassenen Wahlberechtigten abgedruckt sind und auf denen der einzelne Wähler nur denjenigen Wahlvorzug anzukreuzen oder sonstwie deutlich zu bezeichnen hat, dem er seine Stimme geben will, braucht Näheres kaum mitgeteilt zu werden, da anzunehmen ist, daß der Wahlvorgang allgemein bekannt ist. Nur auf das eine sei noch hingewiesen: Jeder Wähler tut gut, da die

Wahlzeit von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags dauert, möglichst schon die Vormittags- und Mittagsstunden zu seiner Wahlübung zu benutzen und sich soweit er nicht dem Wahlort vor persönlich bekannt ist, mit den nötigen Ausweis- und Urkunden (polizeiliches Meldebüchlein, Bürgerbrief, Staatsangehörigkeitsausweis, Heiratsurkunde, Geburtsurkunde usw.) zu versehen. Die ihm zugestellte amtliche Benachrichtigungskarte allein genügt als Ausweispapier nicht.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß bei der letzten Bürgerchaftswahl im Jahre 1924 von den insgesamt in die Wählerlisten eingetragenen 810.000 Wahlberechtigten nicht weniger als 276.000 Wähler und Wählerinnen von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht hatten.

Verteilt, jetzt dafür, daß sie in die Wählerlisten eingetragen sind, damit ihr Wahlrecht ausüben und ihre Stimme der Liste der Kommunisten geben kann.

Seht die Wählerlisten ein!

Helfershelfer werden aus dem Senat ausgeschickt. Das Glück ist wandelbar, auch für politische Wettefahnen. Schließlich werden auch die eifrigsten SPD-Anhänger flüchtig über die von den Hamburger SPD-Senatoren betriebene "Arbeiterpolitik".

Daß die SPD-Fraktion treu und brav alle die Sünden ihrer Senatoren deckt, ist für sie selbstverständlich als getreue Anhänger des Herrn Arbeitermeisters. Er hat diesen Geist seinen gehörigen Schülern eingeplant, und der Senat mußte, was er tat, als er Stoffen beim Abgang mit dem Gorianischen umgab.

Dem Bedenken keine Missetat!

Womit bewiesen ist, daß es auch in der "Hochburg" der Sozialdemokratie einen gutgepflegten Personenkultus gibt.

Töbliche Straßensanktion

Der Gärtner Eduard Brandt, wohnhaft Margarethenweg 22, sprang bei der Boggenmühle von einem Galvanis und wurde von dem Anhänger überfahren. Er erlitt vererbte Brustverletzungen, daß er auf dem Transport in ein Krankenhaus starb.

Zeugen eines Verkehrsunfalls gesucht!

Wie bereits berichtet, fand am Montag, dem 15. August d. J. nachmittags gegen 3 1/2 Uhr, auf der Kreuzung Weidestraße-Spohrstraße, eine Kollision zwischen einem Motorrad und einem Geschäftsauto statt, bei welcher der Motorradfahrer, der Rehmstraße Nr. 11 wohnhafte Karl Richter merl demot verletzt wurde, daß er am 10. v. M. starb.

Zeugen des Verkehrsunfalls werden dringend gebeten, sich entweder bei den ihnen nächstgelegenen Polizeiwachen oder bei der Verkehrspolizei, soweit sie noch nicht vernommen wurden, zu melden. Ein älterer Mann und eine noch nicht vernommene Frau sollen auf der Ziel vor dem Unfall besonders der Vorzug genau beobachtet haben und darf erwartet werden, daß sich diese unbedingt melden.

Ins Netz gesprungen und ertrunken. In letzter Nacht gegen 1.30 Uhr sprang ein unbekannter Mann von der Trostbrücke ins Nikolaiseth und ertrank. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. Der Tote war 1,75 groß, schlank, dunkelblond, hatte dunkelblaue Augen und trug blauen Anzug und Hornbrille. Etwaige Mitteilungen sind an die Kriminalinspektion 1, Stadthaus, zu erheben.

Bermittelt wird seit dem 1. September der 17-jährige in Berlin bei den Eltern wohnende Karl Gertts. Es wird angenommen, daß sich der Jüngling nach Hamburg wandte. G. ist 1,70 groß, kräftig, hat blaue Augen, blondes Haar und neben einem Auge eine Narbe. Mitteilungen nehmen die Polizeiwachen und die Kriminalinspektion 1, Stadthaus, entgegen.

Keinen, ja von einstufigen Schulsystemen nicht verhindert werden!

Wenn man, um einen Anhalt zu gewinnen, die Ergebnisse der Elternbeitragswahlen von 1925 - Beispiel die Stadt Chemnitz - betrachtet, so ergibt sich folgende Rechnung:

Von den Eltern traten damals in Chemnitz ein:

- 30 Proz. für die Gemeinschaftsschule,
- 30 Proz. für die ev.-luth. Bekenntnisschule,
- 20 Proz. für die weltlichen Schulen,
- 10 Proz. für die Schulen der kleinen religiösen Bekenntnisse.

Das würde ergeben, daß 32 Klassen in den bestehenden Schulräumen nicht unterzubringen wären; die Stadt Chemnitz braucht also - aus keinem anderen Grunde als wegen dieser Schulpalterei - eine vollständig neue Schule mehr. Mit den erforderlichen Aufwendungen (außer den Kaufkosten) für Lehrkräfte, für Lehrkräfte usw. bedeutet das einen Aufwand von

einmalig 1,8 Millionen Mark und fortlaufend 150.000 Mark.

Überträgt man diese Summe schematisch auf das Reich, so bedeutet das

einen jährlichen Mehrbedarf von 52 Millionen Mark.

Kampf dem Reichsschulgesetz!

Reichsschulgesetz und Gemeindefinanzen

Die durch das schwarzblaue Schulverfassungsgesetz geplante Zerstückelung der Volksschule und ihre Aufteilung an die diversen Religionsgesellschaften und sonstige Körperschaften öffentlichen Rechts" muß auch die Gemeindefinanzen in Gefahr zu versetzen auf den Plan rufen. Denn diesen droht, wenn der Schandentwurf Gesetz wird, so allem übrigen auch ein untragbarer finanzieller Überdies. Um ein Beispiel zu geben, das hier den Kommunen bevorsteht, entnehmen wir der Nr. 25 der "Leipziger Volkszeitung" folgende Angaben:

Es gibt in Sachsen neun Religionsgesellschaften, die alle die Gründung von Bekenntnisschulen betreiben können; dazu käme dann noch die Agitation für weltliche und Gemeinschaftsschulen. Da in der sächsischen Schulgesetzgebung - und in Preußen liegt unseres Wissens die Sache genau so - keine Mindesthöhen für Aufbau und Zahl der Klassen festgesetzt sind, so entfällt sich die Bestimmung des Entwurfs, es solle der "rechtlich zulässige" Stand vom 1. Januar 1927 zugrunde gelegt werden, als Mitte:

Aus Rechtsgründen kann die Errichtung von

Nun überwiegen aber in Deutschland die ländlichen und kleinstädtischen Gebiete, wo sich die Schulpalterei noch viel verhängnisvoller auswirken würde. Beispiel:

Eine sechsclassige Schule (jede Klasse nur 35 Kinder) mit 210 Kindern könnte auf Grund des Entwurfs zerhackt werden in:

- eine Bekenntnisschule mit 60 Kindern in zwei Klassen,
- eine Gemeinschaftsschule mit 60 Kindern in zwei Klassen,
- eine weltliche Schule mit 50 Kindern in zwei Klassen,
- eine Weltanschauungsschule mit 40 Kindern in zwei Klassen.

Das heißt, es werden zwei Klassenzimmer und zwei Lehrer mehr nötig; also ein noch zehnmal höherer Aufwand wäre hier nötig als in Chemnitz.

Die "Leipziger Volkszeitung" veranschlagt daher viel zu vorsichtig die Summe für das Reich auf jährlich über 100 Millionen Mark.

Und zu welchem Zweck dieser Aufwand?

Für den hintersten Rückhalt zur Pfaffenkirche!

Für die Errichtung von Refugienanstalten für die Kirchen und die reaktionären Parteien!

Für bessere Ernährung und Gesundheitspflege der Proletariatsjugend, für ausreichende Erziehungsbeihilfen an Begabte, für die Vertiefung des Junglehrerlehrens, für den Ausbau der Volksschulen zu Arbeits-(Produktions-)Schulen ist kein Geld da.

Es ist eine wichtige Aufgabe, nach dem Chemnitzer Beispiel überall den Anhängern der Marx-Keudell-Regierung die Rechnung zu repräsentieren. Das Reichsschulgesetz ist wie das Konkordat neben allem übrigen ein unerwarteter Angriff der Pfaffen auf den Geldbeutel der Steuerzahler. Darauf kann es nur eine Antwort geben:

Fort mit diesem und jedem Reichsschulgesetz, das nicht die Einseitigkeit und Weltlichkeit des Schulwesens fördert!

Ern gegen das Reichsschulgesetz

Die Elternschaft der Schule Alsenstraße 21 hat zum Reichsschulgesetz Stellung genommen. Da sich der Rest der Schule als zu klein erwies, mußten drei Elternabende veranstaltet werden. Nach einem einführenden Vortrag eines Lehrers, der den Gehelntwurf als Vater, Lehrer und Staatsbürger betradete, wurde eine Entschließung vorgelegt, die vom Elternrat, Lehrkörper und dem Vorstand des Schulvereins einstimmig beschlossen war. In allen drei Versammlungen wurde diese Entschließung ebenfalls einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

1. Um unserer Kinder und des Volkswillens willen bitten wir die Oberbehörde dafür Sorge zu tragen, daß die Volksschule nicht durch ein Reichsschulgesetz zerlegt wird.
2. Um unserer Kinder und des Volkes willen nehmen wir den Kampf kirchlicher und weltanschaulicher Meinungen um die Schule und innerhalb der Schule ab.
3. Um unserer Kinder und des Volkes willen muß die Schule eine reine Einheits- und Staatsschule bleiben.
4. Um unserer Kinder und des Volkes willen muß die freie Entwicklung und der Fortschritt auf Grund der heute in Hamburg bestehenden Schule erhalten bleiben.

Eine zahlreich besuchte Elternversammlung der Schule Hagelweg 73 faßte folgende Entschließung:

"Die am 7. August 1927 tagende Elternversammlung der Schule Hagelweg Nr. 73 nimmt Stellung gegen das Reichsschulgesetz, weil es in ihm eine Umkehrbewegung der kulturellen Entwicklung der einseitigen Volksschule erblickt.

Die Annahme des Gehelntwurfs liefert die Schule der Kirche aus und macht sie zu einem Kampffeld politischer Gegensätze. Die Auslieferung der Schule an die Kirche bedeutet einen Terror gegen andersgerichtete Kreise. Sie fordert große Geldmittel vom Staat, zum Vorteil der Kirche, während bis jetzt kaum Gelder vorhanden sind, die Schulen gesundheitlich auszubauen. Das Gesetz verurteilt, die gesamte Bevölkerung wieder unter das Joch der Kirchenorganisationen zu bringen und droht die körperliche Erziehung der Jugend zu hindern.

Die Freidenker gegen das Reichsschulgesetz

Protokollversammlungen
am Mittwoch, 14. September, abends 19.30 Uhr bei Bucherpfeiffer, Barmbecker Straße,
am Donnerstag, 15. September, abends 19.30 Uhr im Volksheim Sachsenstraße.

Referent in beiden Versammlungen:
Genosse Landtagsabgeordneter Professor Herm. Wager, München.

Das Reichsschulgesetz des Kapp-Ministers Keudell will eure Kinder der Kirche und dem Pöfentum ausliefern! Arbeiter, erhebt euch über in Massen.

Da die dafür bestimmten Stunden wohl zunächst für die Erweiterung des Religionsunterrichts geopfert werden. Wir begrüßen es, daß der Hamburger Senat gegen das Gesetz bei der Reichsregierung Einspruch erhoben hat.

Weiterhin fordern wir eine unbedingte Trennung von Kirche und Staat in finanzieller Hinsicht.

Die Versammlung hält es für nötig, daß durch einseitige Entschlüsse sämtlicher Hamburger Schulen der Einspruch unseres Senats gegen das Gesetz den notwendigen Rückhalt findet."

Der Einspruch des Senats ist, wie sich bald zeigen wird, nichts als ein Scheinmanöver, um die gegen die Kirche rebellierenden Eltern für sich einzufangen. In Wirklichkeit aber tut der Senat alles, um die Entwicklung der Kirche und somit ihren Einfluß zu fördern. Nicht unter Führung eines solchen Senats, sondern nur unter Führung entschlossener Kirchenmänner kann der Kampf geführt werden. Das ist aber die kommunistische Partei, die sich immer und rücksichtslos für die Weltlichkeit der Schule eingesetzt hat und den Kampf gegen das Reichsschulgesetz mit aller Entschiedenheit unterstützt und führt.

Zwangseinzahlung von Kirchensteuern in Hamburg

Was die Kirche heute riskieren kann.

Aus Hamburg wird folgendes berichtet: Wir sind seit August 1921 aus der Kirche ausgestiegen. Trotzdem haben wir eine Aufforderung zur Zahlung der Kirchensteuer für 1925-1926 erhalten. In unserer Abwesenheit wurde uns am 19. August 1927 eine "sanfte Mahnung" zugestellt, die es verdient, einer größeren Öffentlichkeit bekannt zu werden.

Die kirchliche Mahnung hat folgenden Wortlaut:

Vollstreckungsstelle des Finanzamts Hamburg-Süd
Steuerzeichen: R. R. 804.

Hamburg, 19. August 1927.
Rödingsmarkt 83, 4. Etz., 3. 278.
Mitteltung für Herrn Frau

Der unterzeichnete Vollziehungsbeamte ist beauftragt, bei Ihnen wegen rückständiger Kirchensteuer 1925-1926 ...

Zufammen ...
zu pfänden. Da Ihre Wohnung verschlossen war, wird die Pfändung am 24. August 1927, vor- nachmittags zwischen 9 und 4 Uhr erfolgt.

Notigenfalls wird Ihre Wohnung gemaintsam geöffnet werden.

Sie können die Pfändung noch dadurch abwenden, daß Sie obigen Betrag

1. sofort an die Finanzkasse zahlen und dem Vollziehungsbeamten die Quittung vorlegen oder

2. an den Vollziehungsbeamten zahlen.

Unterzeichnet:
Beyersdorff, Vollziehungsbeamter.

Einem Kommentar kann sich jeder Arbeiter selbst machen. Die Schlußfolgerung lautet:

Heraus aus der Kirche!

Klug sein, wie er!



Viele Wenig machen ein Viel!

Preiswert und gut

rauchen heißt sparen. Der passionierte Raucher merkt bald, wie bedeutungsvoll in Bezug auf seine Ausgaben die richtige Auswahl der Marke ist, darum wählt er:

Joseffi Juno
die köstliche 4,8 Cigarette ohne Mundstück und mit Gold.

Max Adler brandmarkt die Kog-Schönfelder

Die Illusion von „Demokratie“, „Republik“ und „unserer Polizei“

Von Max Adler

In der sozialdemokratischen Zeitschrift „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ (Levi-Korrespondenz) Nr. 36 vom 3. September 1925 veröffentlicht der bekannte österreichische Sozialdemokrat Max Adler einen Artikel, betitelt „Das Ende der Illusionen“. Der Artikel geht von den furchtbaren Ereignissen vom 15. Juli in Wien aus, aber er sieht weder die Zusammenhänge in ihrem vollen Umfang, noch sieht er die ganze Schuld und Verderblichkeit der sozialdemokratischen (rechten wie „linken“) Politik, noch kommt Adler zu konsequenten Schlussfolgerungen. Adlers ganze Weisheit ist, „sozialistisches Geistes“, „sozialistische Gesinnung“, „sozialistische Aufklärung“ zu pflegen. Er empfiehlt als Heilmittel der bankrotteten SPD-Politik Bücher, Flugblätter und Reden. Adler greift, weil er nicht den bürgerlichen Charakter der Sozialdemokratie jugelt, die kommunistischen Parteien scharf an. Adler ist ein echter Austromarxist, einer, der der Massenstimmung Ausdruck gibt, aber im Endergebnis bei der Politik der rechten SP landet, und wir Kommunisten grenzen uns scharf und prinzipiell von den Adler, Bauer, Leni usw. ab. Die Austromarxisten sind nur eine „linke“ Abart der bürgerlichen Zweiten Internationale; sie stehen wortwörtlich im Lager der Bourgeoisie, wie Kommunisten stehen in Wort und Praxis im Lager der Arbeiterklasse.

Nichtsdestoweniger bringen wir den nachfolgenden Artikel Adlers mit nur geringen Kürzungen (deren Inhalt wir jedoch stizziert wiedergeben), weil unter der Massenstimmung Adler eine Reihe von Wahrheiten aufdeckt, die besonders jetzt für Hamburger Arbeiter von Interesse sind. Das ist dort, wo Adler von Wesen der bürgerlichen Republik, von der „Union der republiktreuen Polizei“, von den blutigen „Rettern der Demokratie“ (das wird Herrn Schönfelder interessieren!), von der üblichen sozialdemokratischen Hege gegen den „kommunistischen Mob“, vom sozialdemokratischen „Polizeifinn“ spricht. Festzuhalten ist auch das Bekenntnis Adlers, der trotz aller Angriffe auf die Kommunisten feststellen muß, daß die Kommunisten „leidenschaftliche Klassengegner gegen die kapitalistische Gesellschaft“ und von revolutionärem Massenempfinden besetzt sind, daß es nichts Schmähtlicheres gäbe, als die sozialdemokratische Hege gegen die Kommunisten und gegen alles, was den Rahmen des Parlaments übertritt.

Wägen die sozialdemokratischen Arbeiter Hamburgs die Ausführungen ihres Parteigenossen Max Adler mit dem vergleichen, was das „Echo“ täglich schreibt und was Kog und Schönfelder tun. Und wägen die sozialdemokratischen Arbeiter darüber nachdenken und endlich die Konsequenzen ziehen. Und täglich und am 9. Oktober danach handeln.

In der großen Programmdebatte des Linzer Parteitag

viel von den bürgerlichen Illusionen die Rede, die den Begriff der Demokratie mit allzu stark auch in unseren Reihen umgeben. Und man kann sagen, die ganze leidenschaftliche Kritik des Parteiprogramms, wie sie schon vor dem Parteitag in der Presse und dann bei der Programmdebatte selbst geübt wurde, war ein ständiges Bestreben, den bürgerlichen Illusionen, die immer wieder dem Proletariat die Erkenntnis verfehlern, daß, solange der Klassenstaat besteht, Demokratie und Republik nur bloße Formen sind, die ihren Inhalt erst von den sozialen Kräften erhalten, welche in der kapitalistischen Gesellschaft miteinander ringen. Als solche bloße Formen sind sie daher an sich noch gar nichts Sozialistisches, ja sie können

der revolutionären geschichtlichen Aufgabe des Proletariates sogar genau so feindlich entgegengetreten,

wie nur irgendwelche monarchistischen oder jesuitischen Institutionen. Denjenigen, welche diese Feststellungen als ein Hauptergebnis der marxistischen Gesellschafts- und Staatslehre ist, gerate immer wieder als eine Übertreibung der „Theoretiker“ hinzustellen, hat nun die Geschichte durch die einschlägige Wechsell, welche die Wiener Volkszeitung in den Zuständen in den Straßen Wiens angedeutet hat, eine schreckliche und nur allzu teuer bezahlte Belehrung zuteil werden lassen. Was diesem furchtbaren Ereignis wird das Proletariat nachdrücklicher

Auffklärung über die Natur der bürgerlichen Republik und über die Bedeutung des Klassengegenschafes schöpfen, als aus den vielen braunen Schriften marxistischer Umformer, welche uns von der Reformbedürftigkeit des Marxismus überzeugen wollen. Sie sagen, das „Dogma“ von der Notwendigkeit des unverfälschten Klassenkampfes des Proletariates gegen die bürgerliche Gesellschaft sei überholt durch die moderne Entwicklung des Kapitalismus, „von der Marx noch nichts wußte“, nämlich durch die Entwicklung zum organisierten, friedliebenden und nach sozialem Gleichgewicht strebenden Kapitalismus. Die Volkszeitung von Wien gibt eine gute Illustration zu diesen Ansichten. Vor allem aber wird durch dieses blutige Ereignis, wird über den

Reihen von 85 Proletariaten und über den beiden hundert Verletzten die größte und größte Illusion nun endgültig zerstört worden sein, die

Illusion von der „republiktreuen“ Polizei als einer Stütze des proletarischen Klassenkampfes. Denn die Wiener Polizeimannschaft ist eine nicht nur bürgerlich-demokratisch, sondern proletarisch-freigewerkschaftlich (!) organisierte Gruppe, die bis zu den Zufallereignissen jenes Wert darauf gelegt hat, als „Genossen“ angesehen zu werden. Nach dem Umsturz hatten die Polizeimannschaften sich in ihrer weitaus überwiegenden Mehrheit zu einer freien Polizeigewerkschaft vereinigt, die der Gewerkschaftskommission angeschlossen wurde, also einen Teil der sozialistischen Arbeiterbewegung (!) bildet. Die von ihnen gewählten Vertrauensmänner waren zu

Jugendlich der Verkündung des Ausnahmegesetzes antraten

Polizei und Gerichte Hand in Hand arbeitend mit der größten Strenge und Rücksichtslosigkeit auf. Ein Prozeß jagte den anderen, und die Strafen waren die höchsten, die ausgesprochen werden konnten. Und als schließlich dennoch der Hamburger Senat dem Drängen Preußens erlag und am 24. Oktober den Kleinen verkündete, zeigte die Masse der Ausgewiesenen, daß die

Hamburger Republik mit dem Polizeistaat Preußen in Konfusion treten konnte. Aus Hamburg wurden auf den ersten Hieb fünfundsiebzig Personen ausgewiesen, darunter siebenundsechzig Familienväter. Im Laufe der Jahre stieg die Zahl der aus Hamburg Ausgewiesenen auf über dreihundertfünfzig. Gleichzeitig mit Hamburg war der Kleine über Altona, Dönsen, Blankense und Wedel usw. einschließlich der Güter des Fürsten Bismarck und der Stadt Lauenburg verhängt worden. Im ganzen über ein Gebiet von über tausend Quadratkilometer.

Ausgewiesen wurden unter anderen Auer, den dieses Schicksal binnen einem Jahr zum zweitenmal traf. Was, Diez, Garwe, Prank, die beiden Kapell usw. Nach einigen Monaten wurde auch die „Gerichtszeitung“ wegen eines nichtslagenben Artikels

über russische Zustände verboten, wodurch abermals eine Anzahl Exilanten vernichtet wurde und ein großer materieller Schaden entstand. Die, der bei Verkündung des Ausnahmegesetzes im Jahre 1876 gegründete Genossenschaftsdruckerei pro forma käuflich übernommen hatte, fiel jetzt das schwerste Stück Arbeit zu. Er sollte Arbeit und Mittel schaffen für die vielen Exilanten und mußte alle Anordnungen von Hamburg aus treffen, wozin er sich mit einer Anzahl Ausgewiesener begeben hatte. Aber auch dort war ihres Lebens nicht. Preußen

erklärte nach einiger Zeit auch über Harburg den Kleinen und zwang die Hamburger Ausgewiesenen, sich zu zerstreuen. Die ging nach Stuttgart, wo sie in Leipzig unbehaltbar gewordene Druckerei übernahm, die später mit der „Neuen Welt“ nach Hamburg überföhrte. Auer, der sich vergeblich nach einer Stellung umsehen hatte, trat in das Geschäft seiner Schwiegermutter in Schwerin, dem er als ehemaliger Sattler und Tapezierer gute Dienste leisten konnte. Was ging nach Bremen; die Mehrzahl der aus dem nördlichen Belagerungsgebiet Ausgewiesenen wanderte über den großen Teich nach Amerika, darunter Wolfenbüsch.

Zür die Parteikasse, die eben anfang sich zu erholen, kam der Hamburg-Altonaer Schlag sehr ungelogen, doch sei zur Ehre der Hamburg-Altonaer Genossen gesagt, sie

parierten die Schläge aus eigenen Kräften. Es waren nur tausend Mark, die sich Diez eines Tages von mir für die Hamburger Ausgewiesenen erbot, und diesen Betrag haben die Hamburger Genossen während der Dauer des Ausnahmegesetzes buchstäblich hundertföhrig zurückbezahlt. Vom Jahre 1884 ab, wo ich in Wöben bei Dresden Wohnung genommen hatte, war die Hamburger Deputation, die alle paar Monate einmal spät abends bei mir eintraf, ein gern gesehener Gast; sie kam teils mit Wämmen beladen an, und fünftausend Mark was das mindeste, was sie jedesmal der Kasse zuföhrte.

Überhaupt hatte der Hamburg-Altonaer Schlag die entgegengesetzte Wirkung, die man oben ermartete. Eine leidenschaftliche Bewegung ging durch die Massen, und denen „oben“ die Stirn zu bieten, koste es, was es wolle, war die allgemeine Lösung. Von jetzt an hörte allmählich die Geldsumme auf, Kanäle öffneten sich überall.

und dann sehr überrascht ist, wenn diese Ordnung sich gegen das Proletariat auch dort wendet, wo es nur für demokratische Grundrechte eingetreten ist. Als das Wiener Proletariat am 15. Juli spontan auf den Ring tröme, kam es wahrlich nicht zu dem Zweck, um Polizeiwachposten zu stürmen, den Zutrittspolizist anzuhaken oder Wachleute anzugreifen. Es kam unvorhergesehen und unbewußt, um gegen Arbeitermord und für Gerechtigkeit auch den Armen gegenüber zu demonstrieren. Es konnte nicht ahnen, daß diese freie demokratische Meinungsäußerung bloß deshalb, weil sie sich elementar und stürmisch in einer aus sittlicher Empörung aufflammenden Massenentladung äußerte, mit Niedergertrennen, Niederabföhrungen und zuletzt

mit dem Tod durch Erschießen bestraft werden könnte, — und dies in derselben Republik, die das Proletariat erobert hatte, und im roten Wien, welches das Proletariat einer neuen Blüte entgegenföhrte. Aber es ist sehr leicht möglich, daß es so manche Wachleute gegeben hat, die ihr

und dann sehr überrascht ist, wenn diese Ordnung sich gegen das Proletariat auch dort wendet, wo es nur für demokratische Grundrechte eingetreten ist. Als das Wiener Proletariat am 15. Juli spontan auf den Ring tröme, kam es wahrlich nicht zu dem Zweck, um Polizeiwachposten zu stürmen, den Zutrittspolizist anzuhaken oder Wachleute anzugreifen. Es kam unvorhergesehen und unbewußt, um gegen Arbeitermord und für Gerechtigkeit auch den Armen gegenüber zu demonstrieren. Es konnte nicht ahnen, daß diese freie demokratische Meinungsäußerung bloß deshalb, weil sie sich elementar und stürmisch in einer aus sittlicher Empörung aufflammenden Massenentladung äußerte, mit Niedergertrennen, Niederabföhrungen und zuletzt

mit dem Tod durch Erschießen bestraft werden könnte, — und dies in derselben Republik, die das Proletariat erobert hatte, und im roten Wien, welches das Proletariat einer neuen Blüte entgegenföhrte. Aber es ist sehr leicht möglich, daß es so manche Wachleute gegeben hat, die ihr

und dann sehr überrascht ist, wenn diese Ordnung sich gegen das Proletariat auch dort wendet, wo es nur für demokratische Grundrechte eingetreten ist. Als das Wiener Proletariat am 15. Juli spontan auf den Ring tröme, kam es wahrlich nicht zu dem Zweck, um Polizeiwachposten zu stürmen, den Zutrittspolizist anzuhaken oder Wachleute anzugreifen. Es kam unvorhergesehen und unbewußt, um gegen Arbeitermord und für Gerechtigkeit auch den Armen gegenüber zu demonstrieren. Es konnte nicht ahnen, daß diese freie demokratische Meinungsäußerung bloß deshalb, weil sie sich elementar und stürmisch in einer aus sittlicher Empörung aufflammenden Massenentladung äußerte, mit Niedergertrennen, Niederabföhrungen und zuletzt

mit dem Tod durch Erschießen bestraft werden könnte, — und dies in derselben Republik, die das Proletariat erobert hatte, und im roten Wien, welches das Proletariat einer neuen Blüte entgegenföhrte. Aber es ist sehr leicht möglich, daß es so manche Wachleute gegeben hat, die ihr

und dann sehr überrascht ist, wenn diese Ordnung sich gegen das Proletariat auch dort wendet, wo es nur für demokratische Grundrechte eingetreten ist. Als das Wiener Proletariat am 15. Juli spontan auf den Ring tröme, kam es wahrlich nicht zu dem Zweck, um Polizeiwachposten zu stürmen, den Zutrittspolizist anzuhaken oder Wachleute anzugreifen. Es kam unvorhergesehen und unbewußt, um gegen Arbeitermord und für Gerechtigkeit auch den Armen gegenüber zu demonstrieren. Es konnte nicht ahnen, daß diese freie demokratische Meinungsäußerung bloß deshalb, weil sie sich elementar und stürmisch in einer aus sittlicher Empörung aufflammenden Massenentladung äußerte, mit Niedergertrennen, Niederabföhrungen und zuletzt

Fünf Schritte sozialdemokratisch.

Ihre Zeitung schrieb in diesem Sinne und ihre Delegierten haben in den politischen Organisationen unserer Partei. Wenn also irgendein Wachposten dem Ideal so vieler Schwärmer für eine bloß formale Demokratie, die den Kampf für die Republik mit dem Kampf für den Sozialismus verwechseln, entsprechen dürfte, so war es dieses Wachpostens einer demokratischen Republik. Und es hat auch den Dank der Republik erhalten: durch ihren Bundeskanzler Seipel begünstigend die Republik wiederholt und zuletzt in der feierlichen Weise eines Ministerratsbeschlusses das Wöben in den Straßen als heroische Pflichterfüllung und als Rettung vor Umsturz und Anarchie; und in der Person ihres Bundespräsidenten Hainisch überschüttete sie das republikanische Wachposten mit einem Einzug von Orden

und Remunerationen. Schließlich ist denn auch der letzte Schein dieser angeblich der Arbeiterbewegung angehörigen Organisation von Polizisten wie ein Spul, der er war, am hellen Tage verfloren. Bei der Neuwahl der von der Polizeidirektion ungeschlüssig aufgelösten Personalarbeitung des Wachpostens haben die Anhänger der freien Gewerkschaft, die bis dahin 5 von 6 Mandaten besaßen, diese bis auf eines verloren.

Man sage nicht, daß diese Republik, die wir heute in Österreich haben, doch eine unaufrichtige reaktionäre Regierung hat, deren wahre Sympathien nach dem Monarchismus schielen. — obgleich mindestens der Bundespräsident von diesem Verhaß frei ist. Und gewiß soll nicht unberücksichtigt bleiben, daß das Wachposten, längst nicht mehr das ist, was es nach dem Umsturz war, sondern daß es durch zielbewusste reaktionäre Neurechtung sehr verändert wurde. — ein Umstand, der übrigens ebenso von der Gendarmerie wie besonders von der Wehrmacht gilt. Dazu kommt noch der offene Terrorismus und die skrupellose Wahlbeeinflussung vor der Neuwahl der Personalarbeitung, die es um so bedeutungsvoller erscheinen lassen, daß es immerhin noch 891 Männer unter den 6000 Wachposten gegeben hat, die sich zur Sozialdemokratie bekannten und das eine Mandat für uns gerettet haben. Dies alles soll nicht übersehen werden; aber

es trifft gar nicht das Entscheidende,

welches darin liegt, daß der Schutz der Republik, zu dem jedes Wachposten gesetzlich und eidlöch verpflichtet ist, auch im Munde einer heuchlerischen, im Herzen gar nicht republikanischen Regierung, aber um so mehr noch bei einer aufrecht bürgerlich-republikanisch gekennnten Regierung, gerade zum moralischen Rechtfertigungsgrund werden konnte und in Zukunft auch sein wird, den

Satz gegen das Proletariat

zu betätigen und seine Klassenmacht, blutig zu schwächen. Wenn Selpel als Republikaner noch wie eine Pöffenfigur wirkt,

so wird ein späterer, zweifelloser bürgerlicher Demokrat an der Spitze einer Regierung, welche eine etwaige Klassen-revolutionäre Abwehr des Proletariates gegen Klassenjustiz oder gegen imperialistische Politik oder gegen ökonomische Unterdrückung als einen

Aufrühr des „Mobs“,

„irregulärer“ Massen oder „kommunistischer Umtriebe“ abermals mit Proletariatsleiden erwidern wird, den uneingeschränkten ciceronianischen Ruhm eines Vaters des Vaterlandes, eines

Retters der Demokratie und der Republik einheimen.

(Diesen letzten Abföhr sollten alle ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter Hamburgs jezumal lesen und sich unter Anwendung auf Hamburger Verhältnisse übertragen. — Red. d. „S. B.“)



Wer stimmt am 9. Oktober für den Polizeizug der Kog-Schönfelder?

Die Vorstellung, daß schon die Republik etwas

sozialistisches sei, konnte nur in Österreich und in Deutschland entstehen. Nur in diesen beiden Reichen, die bis zum Umsturz bloß verpöhlte absolutistische Monarchien waren, konnte die Idee der demokratischen Republik (die bürgerliche Forderung von 1848) jenen Glanz gewinnen, der sie so manchen Genossen fast an die Stelle der sozialistischen Forderung der Beseitigung des Klassenstaats treten ließ. Dazu kommt noch das besondere Unglück, daß die deutsche Revolution von 1818/19 so unvollständige Arbeit geleistet hat, daß der alte Monarchismus und Junkertum noch immer bei vielen Beförder, und vor allem in der Reichswehr, eine große Stütze behielt

Aber weil die Sozialdemokratie auf diese Weise zu ihrer eigenen proletarischen Freiheitsarbeit auch noch die bürgerliche hinaus hat übernehmen müssen, deshalb dürfen wir doch nicht unsere eigenen Ziel aus dem Auge verlieren, das

über die Republik hinausweist. Und es ist

eine der schädlichsten Meinungen,

zu glauben, daß man den Kampf für dieses Ziel einseitig auslegen kann oder ausschließen muß wegen der unmittelbaren Wichtigkeit der Verteidigung der Republik. Denn unsere Art die Republik zu verteidigen, kann nur aus dem sozialistischen Geiste erfolgen. Eine Zerteilung des Proletariats, der jetzt und zunächst nur republikaner sein soll, um später einmal seiner sozialistischen Überzeugung zu entsprechen, kann nur dazu föhren, daß er diese letztere schon jetzt verliert. Die sozialistische Verteidigung der Republik kann nur aus der Gesinnung heraus erfolgen, daß wir sie als unser höchstes Mittel für den revolutionären Klassenkampf brauchen, nicht aber als Selbstzweck. Und gerade diese Erkenntnis, daß die Republik eines der mächtigsten Kampfmittel für unseren über sie hinaus föhrenden Kampf ist, bedeutet zugleich genügende Garantie dafür, daß wir sie eben mit der ganzen Kraft verteidigen, die wir unseren eigenen Zwecken zuwenden. Nur diese Gesinnung darf unser Verhältnis zur bürgerlichen Republik bestimmen; denn

sonst entsteht jene „Treu zur Republik“,

in deren Namen es sich mit gutem Gewissen auf alle diejenigen schießen läßt, welche über die Klasse republik hinaus zur sozialen Republik wollen.

Zu einem solchen Kompromiß, ja mehr... zu einer solchen Kompromittierung des sozialistischen Geistes gehört aber jene innere Einstellung, die wegen der uns auferlegten Notwendigkeit der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und Republik sich selbst aus einem Kämpfer gegen die Klassenordnung in einen Kämpfer für republikanische Ordnung verandelt,

wahrscheinliches Vorgehen gegen die Massen damit gerechtfertigt sehen, daß es gar nicht gegen die Sozialdemokraten gerichtet sei, die ja, wie sie meinen konnten, nicht revolutionäre, sondern gut republikanische Sozialisten wären, sondern nur gegen die „Kommunisten“, gegen die als Umstürzler alles erlaubt ist.

Und da müssen wir in diesem Zusammenhang es immer wieder sagen, was auch Otto Bauer in seiner prachtvollen, die Gegner moralisch vernichtenden Rede über den 15. Juli im Nationalrat gesagt hat, daß wir uns entscheiden müssen, die Trennungslinie zwischen uns und den Kommunisten, die stark genug ist, in diesem Sinne zu ziehen, der ein durchaus bürgerlicher,

um nicht zu sagen Polizeifinn ist.

Der Trennungslinie zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten ist eine innere Angelegenheit des kämpfenden revolutionären Proletariats, der keine Abgrenzung nach außen für die Bourgeoisie, für den Klassenstaat der heute Herrschenden, für die bürgerliche Demokratie und Republik bedeutet. (An dieser Stelle folgen nun allgemeine und unbegründete Angriffe Adlers gegen die Kommunisten, die „der außerordentlichen Arbeiterbewegung Schaden zugefügt hätten“ (also in Rußland genötigt haben), und man höre nur so was, in Wien die SP-Föhrer „um eine Position im Bundesstaat gebracht hätten“. Adler ist und bleibt ein Austromarxist und den Regierungsmächtern kann er nicht ver-schmerzen. D. Red.)

Was uns von ihnen (den Kommunisten) scheidel, ist aber nicht

ihre leidenschaftliche Klassengegenschaf gegen die kapitalistische Gesellschaft, gegen die bürgerliche Demokratie, und schon gar nicht das revolutionäre Massenempfinden, welches sie pflegen. (Das allerdings scheidel SP und KP! D. Red.) In allen diesen Punkten sollten wir mit ihnen weitergehen als es bisher geschehen ist. Es gibt nichts Schmähtlicheres als die an manchen Stellen in unseren Reihen bestehende Neigung, alles, was die Grenzen des parlamentarischen Kampfes übersteigt, als „kommunistisch“ zu ver-schreiben

und die Ansicht zu vertreten, „so etwas“ tun Sozialdemokraten nicht. Eine solche Gesinnung mag zwar der Boden sein, auf dem manche Politiker die Konfessionsfähigkeit der Partei reifen lassen, wobei ihnen aber entgeht, daß dies der liberale Weg ist, sich ganz überflüssig zu machen. Denn mit Leuten, die allezeit in Staats- und Regierungsnähe bleiben wollen, braucht man sich nicht zu koalieren, da sie ohnehin schon den bürgerlichen Gewalten aus der Hand fallen.

Aber was gefährlicher ist als diese Schmach: die Unterdrückung einer Arbeiterbewegung, die Konfessionsfähig ist und einer anderen, umkürzlichen, macht es allen Staatsgewalten, der Polizei, der Gendarmerie und vor allem den Richtern möglich, dann

um so schonungsloser alle Proletariaten in den

Keller zu schicken, die sich in einer unregulierten Situation irgendwo haben hinstrecken lassen. Sie können dann als solche Leute hinstellt werden, mit denen ihre „ordentliche, ruhige“ Arbeiterchaft nichts zu tun hat, und die man sogar im Interesse der „anständigen“ Arbeiter als verbercherischen Böbel nicht schonen genug lassen kann.

(Nachberung der Redaktion der „S. B.“: Und nun kommt Adler, wie erwähnt, zu leeren, nichtslagenben Schläffen und weiß nur Redensarten wie „sozialistisches Geistes“ und die „von ihm durchbrungene Wehrhaftigkeit“ zu empfehlen. Er bleibt ein Austromarxist und seine richtige Kritik an der SP-Föhrung, eine Brandmarierung Schönfelders und Kog und Leuterich“ endet nicht mit der Auforderung zu klarem Handeln. Und hier sagen wir Kommunisten allen sozialdemokratischen Arbeitern: Streift ab die Illusionen von „unserem Staat“, „unserer Republik“, „unserer republikanischen Polizei“, tretet auf gegen die Wehrlich, Schönfelder, Kog, Wiedemann, schließt euch in der SP zum Arbeiteropposition gegen die Führung zusammen, bildet eine einheitliche rote Front mit den Kommunisten und marschier gemeinsam gegen die Reaktion! Und wenn die sozialdemokratischen Arbeiter am 9. Oktober wählen sollt, dann wählt nicht die reaktionären SPD-Föhrer, sondern stimmt für die einzige Partei des Klassenkampfes, der roten Einheitsfront, gegen Unternehmern und Bürgerföhrer, dann

wählt nur Kommunisten!)

Der Belagerungszustand in Hamburg-Altona

Von August Bebel

Es wird unseren Lesern leicht fallen, die Parallelen zwischen dem kleinen Belagerungszustand 1880 in Hamburg-Altona und dem heutigen Terror zu ziehen. Statt des tscherischen Gelbdrucks regiert heute der „republikanische“ Gelbdruck, und der, der die 848-Diktatur gegen die Partei des Proletariats handhabt, ist SPD-Schönfelder. Hätten Bebel und Wilhelm Liebknecht heute gelebt, sie hätten dem nachfolgenden Auszug aus Bebel's Buch „Aus meinem Leben“ wohl all das hinzugefügt, was heute in der „Hamburger Volkszeitung“ zu finden ist. Die Redaktion

Anfang Oktober verläutete, Preußen sei an Hamburg heranzutreten, um es unter Hinweis auf den Ausfall der Reichstagswahl im zweiten Hamburger Wahlkreis zur Verkündung des

Keinen Belagerungszustandes in Hamburg zu veranlassen, wobei Preußen gleichzeitig denselben über Altona, Dönsen, Wandsbeck und Umgebung verhängen werde. Der Hamburger Senat habe aber das Anfinnen abgelehnt, er glaube ohne ein solches Gewaltmittel die öffentliche Ruhe und Sicherheit aufrechtzuerhalten zu können. Wie vergleichsweise objektiv man damals in Hamburg sogar dem Wöbener Kongressbeschlüß gegenüberstand, das Wort „gesetzlich“ aus dem Programm zu streichen, zeigte eine Äußerung des offiziellen „Hamburger Korrespondent“:

Die Sozialdemokratie habe mit diesem Beschlüß nur den durch das Ausnahmegesetz auf sie gesagten Wechsel akzeptiert.

War man also in Hamburg zunächst nicht geneigt, dem Drängen Preußens nachzugeben, so besagt das nicht, daß man gegen die Sozialdemokratie noch günstiglich verfuhr. Im Gegenteil, vom ersten

Aus aller Welt

Die Not trieb sie in den Tod

M. Rom, 10. September. Die hier wohnende 39jährige Frau Wegener hatte gemeinsam mit ihrer 14jährigen Tochter beschlossen, in den Tod zu gehen. Sie hatte in der Küche den Gasofen geöffnet; die Tochter fiel jedoch in der Nacht bewußlos vom Stuhl auf den Fußboden, wobei das Gas bei ihr nicht wirkte. Sie erholte sich am Morgen und rief Hilfe herbei, doch konnte der Arzt nur noch den Tod der Mutter feststellen. Als Grund der Tat werden Geldnotgen angenommen.

Mord

M. Hamburg, 10. September. Wie der Polizeibericht meldet, wurde auf der Insel Memmert bei Lütz die Leiche einer unbekannt Toten aus dem Wasser geborgen. Es liegt Mord vor, da sich starke Würgemerkmale am Hals und Schlagwunden an den Schläfengegenden zeigten. Die Leiche war völlig unbelleselbar.

Autobus in eine Schlucht gestürzt

M. Berlin, 10. September. Die „S. B.“ meldet aus Rom: Eine schreckliche Automobilkatastrophe ereignete sich gestern nachmittag in der Nähe von Rom. Ein Passagierauto mit 16 Insassen fuhr von Wilham nach Rom. Als der Wagen eine sehr steile Stelle der Chauffee passierte, verlor die Bremse, so daß der schwer beladene Wagen rückwärts rollte und in eine tiefe Schlucht abstürzte. Zehn Personen waren auf der Stelle tot, sechs wurden schwer verletzt.

169 000 Mark unterschlagen

M. Hannover, 10. September. Der vor kurzem nach einem mißlungenen Selbstmordversuch verhaftete Regierungsobersekretär Wild von der Wassertrahnenabteilung Hannover legte über seine Unterschlagungen heute ein umfassendes Geständnis ab. Er gab an, daß er seit 1924 etwa 169 000 Mark unterschlagen habe, die er insgesamt auf Rennplätzen verloren habe.

Niejenauer am Goldenen Horn

Bierhundert Häuser eingestörrt

M. London, 10. September. Wie aus Konstantinopel berichtet wird, wurden durch ein Großfeuer in einer Vorstadt am Goldenen Horn 400 Häuser eingestörrt.

Niejenauer am Goldenen Horn

Bierhundert Häuser eingestörrt

M. London, 10. September. Wie aus Konstantinopel berichtet wird, wurden durch ein Großfeuer in einer Vorstadt am Goldenen Horn 400 Häuser eingestörrt.

Ehrenteit-Phrasen

Arbeiterkorrespondenz 2906
Nachdem der Wahlkampf eröffnet ist, versucht die SPD ihren Kampf auf das persönliche Gebiet zu leiten. Sofern die persönliche Kritik angebracht und rein sachlich ist, wird kein christlich denkender Arbeiter etwas dagegen haben, denn auch heute gilt Bebel's Warnung: „Achtet auf eure Führer!“ mehr denn je. Ist die Person der Repräsentant einer politischen Richtung und für diese Richtung tonangebend, so ist diese Person zu bekämpfen, sofern der befristete Weg gegen die Interessen der Arbeiterklasse verläuft, um so mehr, wenn diese Person eigene Vorteile oder Koalitionsrücksichten in den Vordergrund zu schieben versucht.
Es war früher nicht Mode, daß ehemalige Genossen, die wegen Verrats gegen die Arbeiterinteressen aus der Partei ausgeschlossen wurden, von anderen Arbeiterblättern Spalten zur Fortsetzung ihrer Arbeiterfeindschaft zur Verfügung gestellt

Ablehnung! Arbeitsvertrag! Kampf!

Die von den Reformisten so viel gelästerte Stauereigenenschaft Walter zählt schon jetzt einen Schicksal von 9 Mr. Durch Schiedsgericht sollen die Hafenarbeiter bis zum 30. April 1928 für 8,20 Mr. knechten. Vom ersten bis zum letzten Kollegen gibt es nur eine Antwort: **Ablehnen, Arbeitsvertrag, Kampf!**

bekommen; dieses war den Feinden der Klassenbewußten Arbeiterklasse, dem Bürgertum mit ihrer Presse vorbestanden. Wenn heute die freie Gewerkschaftsbeilage des „Hamburger Echo“ die größten Schmähartikel über Klassenbewußte Arbeiter ausgiebt, so hat sich das „Echo“ mit seiner Beilage, getreu bisheriger

Tradition, in die Reihen unserer Gegner eingereiht und sich den Feinden des Klassenbewußten Proletariats angeschlossen. Es kommt dem sozialistischen Ehrenteit nicht auf eine sachliche Kritik an, sondern nur auf persönliche Verunglimpfung. Dafür legt sein ganzes Verhalten in den Gewerkschaftsversammlungen das beste Zeugnis ab. Wenn man jetzt schreibt, daß man zum Herbst die Einigkeit der Arbeiterklasse im Kampf gegen das Bürgertum wünscht, so ist dieses nicht als Aufrichtigkeit zu bewerten, sondern man

bedeutet hiermit nur eine Zersplitterung des Klassenbewußten Proletariats, um es bei den Wahlen vor den reformistischen SPD-Wagen zu spannen und im Senatssitze zu halten. Daß das Bürgertum unser aller Feind ist, haben die Klassenbewußten Arbeiter ohne die Ehrenteit'sche Beilage schon längst erkannt. **Das Bürgertum ist immer der Feind des Proletariats**

und nicht nur, wenn es zur Wahl und um Erhebung von Mandaten geht. Die Doppelzüngigkeit der Ehrenteit'schen Politik, überhaupt der ganzen SPD-Politik, zeigt doch ihr ganzes Verhalten in den Regierungen. Einmal jagt man gegen den Feind „Bürgertum“, dann aber macht man nur mit dem Bürgertum Regierungspolitik (Wolfspartei, Demokraten, Zentrumspartei) gegen das Klassenbewußte Proletariat.

Eine weitere Demasierung findet man in dem Vergleich des Kampfes Russlands gegen seine Feinde, das Bürgertum der ganzen Welt, und des Kampfes der Trugschwärmer Amerikas gegen das Klassenbewußte Proletariat. Sacco und Banzetti! Her mit dem Vergleich, mein lieber Ehrenteit, je eher und besser werden die Arbeiter, die heute noch die Verleumdungen der Ehrenteit'schen Beilage stillschweigend dulden, das wahre Gesicht der SPD-Führer erkennen. Denn wie kann man einmal das Bürgertum als Feind erklären und das andere Mal sich schüßend vor sie stellen. Glende Heuchelei ist es, wenn man sagt: „Wir liefern politisch andersdenkende nicht der Justiz aus.“ Glaubt man wirklich, daß die Denunzierungen Klassenbewußter Proletariats durch prominente Führer der SPD vergessen sind! Wenn ihr ehrlieh seid, veröffentlicht das gesamte Material eurer

Spiegelpolitik, welches die Genossin Louise Zieh im Jahre 1919 im Reichstage vorgebracht hat.

Den SPD-Führern steht es ferner sehr schlecht an, von Morben zu sprechen! Habt ihr eure Morde schon vergessen? Millionen haben die Führer der SPD auf dem Gewissen, das heißt, wenn sie noch eins haben. Wer hat den deutschen Imperialisten die gefunden Knochen der deutschen Arbeiterklasse ausgeliefert! Wer hat das Aufbegehren der deutschen Arbeiterklasse gegen das Bürgertum blutig niederschlagen? Wo war eure Empörung bei diesen Morden? Geschwiegen habt ihr, geduldet habt ihr es, gefördert, ja verlangt habt ihr die Arbeitermorde. Mit dem Bürgertum haben sie nach Ruhe und Ordnung geschrien, Ruhe und Ordnung im Sinne brutaler, kapitalistischer Ausbeutung. Wo war die Empörung der SPD-Führer, als der Vorwärts-Redakteur Ruttner den wehrlosen Arbeiter-

Eichhorn erschoss, wo war ihre Empörung über die Spitzelzentralen, wir wollen nur in Hamburg bleiben, à la Fahrendorf, wo Söhne von alten hohen Militärs Verwendung fanden, der

Spiegelklotz der Firma Halle & Manfisch, Erich v. Klinger usw. Wie wäre es, wenn die Ehrenteit'sche Beilage mal die Worte bringt, die der Volksparteiler von Gerner im April 1921 im preußischen Landtag sagte: „er begrüße es, daß sich der sozialdemokratische Minister (Severing), mutig zur Verwendung von Spitzeln bekant habe“.

Wo ist die Empörung über die ungezügten Morde in den Betrieben, verursacht durch die brutalsten Ausbeutungsmethoden, zum Wohle des honesten Bürgertums. Gemach ihr Heuchler, an

euren Taten seid ihr erkannt, eure Worte sind eitel Scham! Was den SPD-Führern die Revolution wert war und wie sie gefördert wurde, ergibt sich aus folgenden Episoden:

Bannwolf diffiziert — die Jugendlichen haben nichts zu sagen

Jungarbeiterkorrespondenz 2954

Schon seit einigen Monaten sind die oppositiven Kollegen der Jugendgruppe des DGB an den Jugendleiter herangetreten und haben ihn gedrängt, seine Stellung genommen wird zur Reichsjugendleiterkonferenz am 3. und 4. September in Berlin. Der Jugendleiter sah die Notwendigkeit der Stellungnahme hierzu nicht ein und leitete jede Besprechung der J.A. ab. In der letzten

Jugendleiterkonferenz am 1. September kam er plötzlich mit dem Bescheid von der Ortsverwaltung, daß dieselbe zwei Mann beauftragt hat, die Konferenz zu besuchen. Als hierauf Kollegen sich auf den Standpunkt stellten, daß die Jugendlichen ihre Delegierten zu wählen hätten und nicht die Ortsverwaltung zu bestimmen, meinte der Jugendleiter, daß das Sache der Ortsverwaltung sei und sie das halten könne wie sie wolle. Hierauf fand eine Diskussion statt, und viele Kollegen haben sich auf den Standpunkt gestellt, Kritik zu üben an der bisherigen Jugendarbeit des DGB, wozu auch zwei Anträge dienen sollten:

1. Umgestaltung der Holzarbeiter-Jugendzeitung auf gewerkschaftlich-politischem Gebiet mit freiem Dispositionsfeld für Jugendliche.

2. Austritt aus dem Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände, in dem die freigeiwertungsfähigen Jugendgruppen neben dem Stahlhelm, Wehrwolf,

Nachdem im November 1918 die alten Gewalten gestürzt waren, und auch die Soldaten ihre Führer selbst wählten, waren auch alle Chargenabzeichen abgeschafft worden. Dieses war nun dem Hamburger Kommandanten Lampl nicht genug. Denn nun konnte man ja nicht mit goldenen Treifen und dergl. herumlaufen. Im Gewerkschaftshaus fand eine Delegiertenversammlung der hier in Hamburg liegenden Truppenteile statt. Hier brachte Lampl den Vorschlag zur Einführung neuer Chargenabzeichen ein, und zwar sollten diese in blauen Armeestreifen gehalten sein. Selbstverständlich trat die revolutionäre Opposition sofort gegen die Wiedereinführung von Chargenabzeichen ein. Aber Lampl konnte seine Trabanten. Nachdem die Diskussion geschlossen war und Lampl das Schlußwort und eine Resolution im Sinne seines Vorschlages eingebracht hatte, jagte er folgendes: „Kameraden! Bevor ich über die Resolution abstimmen lasse, will ich euch eine

freudige Mitteilung machen, ich will damit nicht die Abstimmung meiner Resolution beeinflussen, aber euch auch nicht die Freude vorenthalten, daß ich 2000 Liter Schnaps für euch frei bekommen habe“; leider fand sich dann eine Mehrheit, der mit dem SPD-

RAD-HOTBÄHNER!

Dienstag, den 13. September, 19.30 Uhr, Fraktionsversammlung aller in den Betrieben der Hoch- und Straßenbahn A.-G. Beschäftigten Genossen, bei Loburg, Ecke Völkerei- und Ortrudstraße.

Kommandanten die Errungenschaften der Revolution nicht mehr als

2000 Liter Schnaps wert waren. Klassenbewußte Proletarier, so hat man mit den Idealen des Klassenkampfes Schindluder getrieben. Glaubt ihr, daß die SPD-Führer es jetzt bei den Wahlen mit ihren rabidalen Worten ernst meinen? Keim!, sie sind noch

dieselben Phrasen! Die revolutionäre Arbeiterklasse weiß, wie sie sich gegenüber solchen Hoch-Arbeiterführern einzustellen hat. Sozialdemokratische Arbeiter, entledigt euch eurer Führer, die euch mißbrauchen! Tretet ein in die Reihen des revolutionären Vortrupps, dann ist der Kampf gegen das Bürgertum bald ein ausichtsreicher!

katholischen Jungfrauen- und Jünglingsvereinen organisiert sind.

Als Erziehung der Jugendlichen zu Gewerkschaften, zu Klassenkämpfen. Je nach Verbindung mit dem Stahlhelm, Wehrwolf, die augenblicklich durch den Reichsausschuß Deutscher Jugend befehligt ist zu brechen und dafür herzutreten.

Die Einheitsfront der arbeitenden proletarischen Jugend. Das war und wäre der Standpunkt gewesen. Da aber der Jugendleiter und die Ortsverwaltung den immer härter werdenden Einfluß der Opposition vernichten möchte, geht man dazu über und diffiziert: Die Opposition darf nicht auf der Reichsjugendleiterkonferenz anwesend sein. Wir bestimmen also: ein SPD'er und ein SA'ler, und nachher: alle Anträge der Opposition sind abgelehnt, die Opposition ist tot.

Das sind die Methoden der Bannwolf, Schwarz und Drobisch!

Zwei Jugendliche werden diktatorisch von der Ortsverwaltung bestimmt, als Delegierte der Hamburger Jugendleitung zu fungieren.

Jein Jugendliche werden diktatorisch von der Ortsverwaltung bestimmt und bekommen freies Geleit, in Berlin die Ausstellung „Das junge Deutschland“ zu besuchen.

Durch die aktive Mitarbeit der Opposition und deren Einfluß unter den Jugendlichen hätte die Wahl eventuell anders ausfallen können, als die Ortsverwaltung es gewünscht hat. Oder die Ausstellung „Das junge Deutschland“ hätte von mehreren oppositionellen Jugendlichen besucht werden können und den Kollegen der

Einfluß des Stahlhelm, Wehrwolf und der Reichsausschuß, die im Reichsausschuß zu fast 75 Prozent vertreten und damit die Beherrschung der Ausstellung sind, gezeigt werden können. Oder durch die Wahl von fünf Jugendleitern hätte man Jugendlichen die Leitung in die Hand gegeben, die mitgehört hätten, ihre Kollegen durch gewerkschaftliche und politische Vorträge zu Klassenkämpfen zu erziehen.

Um nun diesen wachsenden Einfluß der Opposition in den Jugendleiterkonferenzen zu brechen, bestimmt die Ortsverwaltung mit dem Jugendleiter gemeinsam, d. h. man nimmt den Jugendlichen das Recht, ihre Funktionäre und Delegierten selbst zu wählen.

Jetzt heißt es, Jungarbeiter und besonders alle Mitglieder des DGB!
Seran en die Arbeit! Unsere Pflicht ist es, hineinzugehen in die Jugendleitung der freien Gewerkschaften und die jugendlichen Kollegen zu überzeugen, daß wir das Wahl- und Bestimmungsrecht haben. Für uns soll es heißen, nicht nur gewerkschaftlich organisiert zu sein, sondern auch revolutionäre Gewerkschaftsarbeit zu leisten.

D* Führer durch die Geschäftswelt für Wandsbek, Altona, Neustadt, Altstadt, Horn, St. Pauli, Eppendorf, Hammerbrook und Eilbeck

WANDSBEK Norddeutschlands größtes Spezialhaus für Bett-, Leib- und Tischwäsche 27190 NEBEL & SANDER Hamburger Straße 37 F. Bernau Lübecker Straße 49 Spezialgeschäft für Herrenbekleidung Karstadt A. G. Wandsbek DAS FÜHRENDE KAUFHAUS Wo kaufe ich meine Schuhe? 29014 bei Fr. Cordes, Lübecker Straße 164 Zu alten Zoll. Emil Kruse, Zollstr. 3 Club-, Ball- und Garten-Lokal 29023 Kaufhaus Petersen Das Haus der guten Qualitäten G. m. b. H. Wandsbek Marktplate Vergessen Sie nicht bei Ihren Einkäufen zu erwähen, daß Sie die Anzeige i. der Hamburger Volkszeitung lesen Lederhandlung Lübecker Straße 50 Farben Lacke und Tapeten 29084 Waldemar Binne, Feldstr. 128 Hüte, Mützen und Pelzwaren M. Bollmeier, Wandsbek, Zollstraße 15 29022 Bäckerei u. Konditorei Wandsbek H. Homann, Wendemuthstraße Ecke Feldstraße 29019 Haus der guten Schuhe 29752 Kurt Zitzlaff, Wandsbek, Königstraße 64 Haus- u. Küchengeräte 29708 Rudolf Hellmann, Lübecker Str. 154 Herren-, Knaben- und Berufs- 29710 kleidung O. Diestler, Litzowstr. 26 Lebensmittel Fett 29702 waren I. A. Lohregel, Lübecker Straße Nr. 49 ALTONA Christiansen & Stephan gegr. 1877, Schulterblatt 1, Tel. Ha H 1 2269 Glas, Porzellan, Haus- u. Küchengeräte 27229 Drogen, Farben, Parfümerie Hans Lille, Schulterblatt 57 27280 Bastler Merk Dir stets Radio-Letz 30 Schulterblatt 30 Tapeten, Balatum, Läufertstoffe und Teppiche Adolf Esche Söhne, Altona, Schulterblatt Nr. 23a 27227 Betten-Haus K. Grön 27228 Schulterblatt Nr. 18 Gemüse Konserven, Süßfrüchte 27228 J. Lange, Schulterblatt 119a Deutsche Nähmaschinen -Vertriebs-A.-G., Hamburg 15, Heidenkampsweg 78, Tel. D. 2, 3887 Filiale: Altona-Ottensen, Bahnenfelder Straße 148. Erstkl. deutsche Nähmaschinen für Haushalt und Gewerbe - Kulanteste Bedingungen - Teilzahlung gestattet 27219 Herrenwäsche - Trikotsagen - Strümpfe F. Dackenthin, Inh. E. Wörfel, Schulterblatt 25 27225 FETTWAREN UND WEINE Altona, Katharinenstraße Nr. 6 - Chr. Juhl 27294 Kaufhaus Otto Busse Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Wäsche, Wolle u. Kurzwaren - Gr. Bergstraße Nr. 58-60 27224 Schlachterei K. Bergner 27221 Schulterblatt 10 C. Rasmussen Inhaber 27271 Robert Volke Fleisch- u. Wurstwarenfabrik, Bürgerstr. 59	NEUSTADT Geht du to Arbeit morgens freu, kumm no de Hobenmeierei drink dien Glas Melk warm oder kold, blivst du gesund un warst ok old. Hamburg, Schaarmarkt Nr. 31 27210 Blumenhaus Stephan 27225 Venusberg Nr. 45 Butter Käse und Wurst - Rübke. Neustädter Neuerweg 5 27209 M. AUERBACH-TUCHLAGER Preiswerte Herrenstoffe Knabenstoffe - Manchester Guterhaltene getr. Herrengarderobe 29742 H. Angsten, Maßarbeit billigst, Caffamacherreihe 43 Fahrradrepauratur und -vermietung 29744 Henry Wiencken, Bäckerbreitengang 16 Otto Holstein 29748 Breitergang 2 - Schlachtere u. Wurstfabrik Fleisch- und Wurstwaren, W. Brammann Neustadt, Valentinskamp Nr. 51a 27216 Holsten-Meierei, Spez. Speise-Quark 27205 Nähe Arbeitsamt, Poolstraße 11 Zigarrenhaus 27207 Otto Wulf, Neustadt, Neuer Steinweg 29 Zigarren, Zigaretten, Tabak, eigenes Fabrikat in Zigarren, Franz Stevens, Valentinskamp 86 27201 Zigarren Zigaretten, Tabak 27208 Bernd, Einfeldt, Valentinsk. m. 15 Prima Fleisch- u. Wurstwaren Otto Rohmaier, Alter Steinweg Nr. 4 und Schaarmarkt Nr. 32 27211 ALTSTADT Für den Haushalt nur die NAUMANN feiner Stich, laubere Naht Langjährige Garantie Sehr leichte Teilzahlung H. Reeck G. m. b. H. HAMBURG Admiralitätsstr. 81 beim Stadthaus. Kolonialwaren Willy Kaufert, Bel d. Mühren 74-75 F. Großmann, Kattrepel Nr. 15 27170 Frisch- und Getriebefleisch, Aufschnitt HORN Bäckerei und Konditorei Robert Meyer Horn, Horner Landstraße Nr. 312 29422	OTTO GOERTZ & CO. Nachfolger Hamburg, Kniser-Wilhelm-Straße 82 Stalhof (Laden) - Konfektion - Textil Wäsche - Bettwaren - Kredit bis zu 6 Monaten oder 24 Wochen ohne Aufschlag - Unsere Schaufenster geben ein deutliches Bild uns. Leistungsfähigkeit 27202 Fettwaren Thomsen 27012 Schlichterstraße 37, Billborner Röhrendamm 150 Bartelstr. 11, Alter Steinweg 39, Weidenallee 19-21 L. WAGNER 29709 Elbstraße 70-84 - Neuer Steinweg 94 Kleiderstoffe - Baumwollwaren - Aussteuerartikel Haushaltswaren - Kurzwaren - Billig und gut! Kolonialwaren, Konfitüren, G. Wulf 27094 Jacobstraße Nr. 43 u. Eichholz Nr. 13 Hutumpresserei für Herren- und Damen- hüte Markusstraße Nr. 21, Betrieb: Großmannstraße 30-31 Einzelteile für Radio Akkumulatoren- Lederteile 29749 Schirmer & Wöckhaus, Hamburg, Admiralitätsstraße 26 F. Conrad Meyer, Delikatessen 27208 Neustadt, Neustädter Straße Nr. 57 Fettwaren-Konsumhaus 27209 Joh. Schwere, Jacobstr. 44 Lederhandlung u. Schuhreparatur Otto Timmermann, Hamburg, Kohlhöfen Nr. 15 27212 Lederhandlung und Stepperei Otto Homann, Schlachtereistraße Nr. 21 27218 Frische Fische u. Räucherwaren H. Baumann, Hamburg, Jacobstraße Nr. 66 27214 ST. PAULI Otto Steingraf's Vergoldungs- arbeiten „Olympia“, Reeperbahn 152 „Rakete“, Gr. Freiheit 36 Weine, Spirituosen- u. Likörfabrik 27254 Carsten von Hein, Bartelstraße 4-6 Milch Butter und Käse 27221 L. Hantschel, St. Pauli, Bartelstraße 77 Verkehrsalokal „Zur Carolinengasse“ 27215 August Bandach, Carolinenstraße 16 Milch - Butter - Eier, R. Helk 27223 Rosenhofstraße 16 Meiereiprodukte - Fettwaren 27223 W. Heine, St. Pauli, Susannenstraße Nr. 3 Katz's billiges Strumpf- u. Wollwarenhaus Schulterblatt 58a 27224 HAMMERBROOK Auf Kredit bei Krause Hammerbrookstr. 25 - Damen- Wäsche- u. Kinderbekldg., Schuhwaren, Herren- 27174	EPPENDORF J. H. Knutzen 29720 Eppendorf - Tarpenbeckstraße Nr. 56 Manufakturwaren - Aussteuer - Betten Drogen, Farben 29725 u. Lacke kauft man nur bei Gebr. Haack Eppendorf - Niendorfer Straße Nr. 119 Genossen! Deckt Euern Tabakwaren nur bei Karl Groß, Eppendorf Bedarf an Tarpenbeckstraße 57 29612 Fein- und Brotbäckerei 29612 Claus Wulf Eppendorf - Niendorfer Straße Nr. 62 Kolonial- und Fettwaren / Bruno Maxelon Kegelhof- straße 23 29728 Gelegenheitskäufe, Möbel, Partiewaren 29728 Franz Ruprecht, Kegelhofstraße Nr. 12 Milch, Fettwaren 29720 Friedrich Hatje, Niendorfer Straße Nr. 135 Kolonial-, Brot- 29724 u. Fettwaren - Karl Schönicg, Kegelhofstr. 17 Schlachterei und Thüringer Wurstwaren, Edward Steiner, Eppendorf Im Tale Nr. 16, Fernsprecher Vulkan 7112 29727 Meierei - Geschäft - R. Krause 29720 Eppendorf, Kegelhofstr. 14 Raphael Baur, Schuh- u. Maßgeschäft 29648 Hamburg 20, Ericastraße Nr. 89 Schlachtere u. Wurstfabrik 29708 Otto Jacob, Eppendorf, Frickestraße 44 HAMMERBROOK Walter Dessauer 27178 Kauft bei Hammerbrookstraße Nr. 33 Georg Fleischmann 27175 Hammerbrook, Hammerbrookstraße 106 Prima Fleisch- und Wurstwaren Heinrich Schacht 27169 Spirituosen, Victoriastr. 25 Johann Daniek, Hammerbrook 27166 Friesenstr. 29-ff. Fleisch- u. Wurstwar. Kolonial- und Fettwaren 27167 E. Münster, Hammerbrook, Friesenstraße Nr. 40 Fahrräder Nähmaschinen, Emil Beyer, Beim Strohhause 39-41 27168 Valentin Steigerwald 27168 Hammerbrookstraße 32. H. Fleisch- und Wurstwaren Genossen, werbt neue Leser! Kolonialwaren Th. Mecklenburg Friesenstr. 12 27165 Beleuchtungshaus 27165 Walter Seiler, Söderstraße 97, Ecke Heidenkampsweg	EILBECK Rad-Ruge Wandsb. Chaussee 25 Bachstraße Nr. 104 Kleine An- und Abzahlung Fahräder bekannter Marken Kolonialwaren Richard Wagner Eilbecker Weg 169 27028 Kaufhaus Amles Wandsb. 27010 Chaussee Nr. 104 Kreuz-Drogerie, Eilbeck, Wandsbecker 29616 Chaussee 303, Ecke Rückertstr. Kolonialwaren Fr. Kindt Schellingstraße 51 - Wendemuthstraße 65 29615 Fahrräder Nähmaschinen Harry A. Sübreke Eilbeck, Wandsbecker Chaussee 238 29610 Leibniz-Drogerie 27028 Albert Dreyer, Eilbecker Weg 192, Ecke Sonnenstraße Möbelhaus Hansa 27016 Derlin & Wiese, Eilbeck, Wandsbecker Chaussee 213 Wandsbek, Kampstraße Nr. 94 Hausstands-Artikel A. Fränkel & Co., Wandsb. Chaussee 201 27020 Dampfwaschanstalt 27016 E. J. F. Krüger, Rodberg 34, Gieckstraße 43, Wandsbek, Feldstraße 111, Telefon H 3, Alster 9580, D 8, 2375
---	--	--	--	---